

Vom VDR zum VRB: Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!

Hauptversammlung 2014



Beilage:
Schuljahres-
planer
2014/2015

Duale Ausbildung: Balance sichern
Reisekosten bei Dislozierung: Interview mit Rechtsanwältin Dufeu
Integrierte Gesamtschule Salmtal: Reale Bildung beispielhaft umgesetzt
Studienseminar Realschulen plus Mainz: Arbeitsstand Inklusion
Leserechtschreibschwäche (LRS): Professionalisierung erforderlich

Liebe Leserinnen und Leser,



Sie haben es sicherlich gleich erkannt, diese Ausgabe unseres Magazins weist auf grundlegende Veränderungen hin. „Vom VDR zum VRB: Wir stärken die Reale Bildung gemeinsam!“ lautet der Titel der aktuellen Ausgabe von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“, und unter diesem Motto stand auch die diesjährige Hauptversammlung unseres Verbandes am 20. März in der Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim. Seitdem trägt unser Verband nun den Namen „Verband Reale Bildung“ und deshalb zierte ein neues Logo die Titelseite. Unser Markenzeichen „Reale Bildung“ steht klar und deutlich im Zentrum unserer Verbandsarbeit. Eine solche programmatische Profilschärfung, die zudem mit einer Umbenennung einhergeht, ist eine Herausforderung, die nur erfolgreich gelingen kann, wenn eine große Mehrheit diesen Prozess trägt und unterstützt. Unser Titelbild macht deutlich, mit welcher Geschlossenheit und Zuversicht die Delegierten unseren Verband für die Zukunft aufgestellt haben.

Diese große Unterstützungsbereitschaft war möglich geworden, weil Transparenz und die Einladung zur Mitgestaltung die Weiterentwicklung unseres Verbandes von Anfang an prägten. Hinzu kommt, dass der VDR die aktuellen bildungspolitischen Debatten maßgeblich beeinflusst (z. B. Erziehungsoffensive oder Inklusion) und dabei ohne Lavieren und Taktieren die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen öffentlichkeitswirksam vertritt. In seiner Ingelheimer Grundsatzrede (Titelbericht dieser Ausgabe) hat unser Landesvorsitzender Bernd Karst den Prozess vom VDR zum VRB beschrieben, die Aktualität Realer Bildung erläutert sowie die Bedeutung einer starken Interessenvertretung für Reale Bildung und für unsere Kolleginnen und Kollegen durch den VRB hervorgehoben. Lesen Sie ferner, warum Professor Dr. Rainer Dollase in Ingelheim dazu aufrief, Reale Bildung mit Selbstbewusstsein zu vertreten, und warum der Unternehmensberater Vinzenz Baldus gerne Mitglied im Verband Reale Bildung werden möchte.

Professor Dollase forderte auch, Reale Bildung müsse den „denkenden Prak-

tiker“ hervorbringen, weil Deutschland auf diesen angewiesen ist. Gerade hier ist einiges aus dem Lot geraten. Die ausgewogene Balance zwischen „Machern“ und „Denkern“ gibt es so nicht mehr, und das destabilisiert zunehmend unseren Wirtschaftsstandort und gefährdet die Lebenschancen junger Menschen. Das Erfolgsmodell „Duale Ausbildung“ kann nicht ersetzt werden, indem die Gymnasien Berufsorientierung und flächendeckende Praktika einführen, auch wenn der Wissenschaftsrat dies fordert – lesen Sie mehr dazu in dieser Ausgabe.

Statistisch erwiesen ist, dass eine deutliche Mehrheit der Schülerinnen und Schüler die Integrierte Gesamtschule mit dem qualifizierten Sekundarabschluss I (Realschulabschluss) verlässt. Deshalb ist es unerlässlich, dass Reale Bildung auch an dieser Schulart an Stellenwert gewinnt. In einem „Best-Practice-Beispiel“ erfahren Sie, wie die Integrierte Gesamtschule Salmtal im Rahmen des IHK-Projekts „Starke Partner – Unternehmen und Schulen kooperieren“ Reale Bildung „lebt“ und in die schulische Qualitätsarbeit integriert.

Liebe Leserinnen und Leser, „Wir stärken die Reale Bildung gemeinsam!“ ist für uns nicht einfach nur ein schöner, letztlich aber unverbindlicher Slogan, sondern wir füllen ihn, Seite für Seite in dieser Ausgabe, mit Inhalt. Der Slogan bringt unser kollegiales Verbandsverständnis zum Ausdruck, wir handeln aufgrund von Informationen, die von Kolleginnen und Kollegen aus unseren Schulen an uns herangetragen werden und nicht danach, was OECD, Bertelsmann und sonstige Vereine und Initiativen in die Öffentlichkeit tragen. Das ist mit Sicherheit ein Grund, warum so viele Kolleginnen und Kollegen in Ingelheim ein selbstbewusstes Bekenntnis für Reale Bildung und für den VRB gezeigt haben. Erfahren Sie es am besten selbst: Reale Bildung verbindet! Mitmachen lohnt sich!

Herzlichst, Ihr



Inhalt der Ausgabe 2/2014

Titelthema

Hauptversammlung 2014: Vom VDR zum VRB: Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam	4
--	---

Bildungspolitik

Pinnwand	12
Duales Ausbildungssystem stärken	13
VRB-Pressemitteilung: Bundesverwaltungsgericht bestätigt Streitverbot für Lehrkräfte	13
Reale Bildung: Balance zwischen „Machern“ und „Denkern“	14

VRB-Verbandsarbeit

dbb: Rheinland-Pfalz braucht einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst	15
dbb-Gewerkschaftstag 2014: „So geht das nicht, Frau Ministerpräsidentin!“	15

Schule in RLP

Integrierte Gesamtschulen: Schülerentwicklung in RLP	16
Reale Bildung in der IGS Salmtal: Wie kommt die Rebe in die Flasche? Wie kommt das Korn auf den Frühstückstisch?	17
VRB-Pressemitteilung: Inklusion: Per Gesetz zum Förderschullehrer?	19
Verabschiedung Ottmar Schwinn: Probleme nicht kleingeredet	19

Schule und Recht

VRB-Handbuch: Inhalt der 54. Ergänzungslieferung	20
Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu über die Reisekosten von Lehrkräften bei dislozierten Standorten	21

Beruf Lehrer

Pinnwand	22
----------------	----

Studie „Jugend Leben“: Leistungsgedanke angekommen? ...	23
---	----

Kommentar: Lehrgesundheit: „Lehrer müsste man sein!“	24
---	----

Lehrerbildung

Referendariat: Warum möchten Sie Lehrer werden?	25
Inklusion: Arbeitsstand Studienseminar Realschulen plus Mainz	26

Unterrichten Pädagogik, Didaktik und Methodik

Pinnwand	27
Im Gespräch mit Sandra Wickel: Leserechtschreibschwäche (LRS): Professionalisierung erforderlich	28

VRB-Bezirke

Verabschiedung von Schulleiter Karl-Heinz Sundheimer	30
Verabschiedung von Schulleiter Joachim Born	30
VRB-Personalräteschulung im Hotel Weis in Mertesdorf	31
Schülerwettbewerb: Realschule plus Kell am See punktet mit Realer Bildung	32
Ausstellung Otto Dix und Max Beckmann: Mythos Welt	33
Teachers' Night in der Kunsthalle Mannheim	33
Pensionäre im Speyerer Feuerbachhaus	33

Kurz notiert: Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche	34
Namensänderung? Alles schon mal da gewesen!	36
VRB-Beitrittserklärung	39

KlarText!

Die Kolumne	38
-------------------	----



Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolsheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel: 0 67 21 / 99 49 99
bernd.karst@vrb-rlp.de

Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12 / 965 73 31
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion

Michael Eich
Trifelsstraße 1a
76751 Jockgrim
Tel: 0 72 71 / 12 92 74
michael.eich@vrb-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust
www.bizzdesign.de

Titelbild

Claus Brier

Auflage

5.000 Stück

Druck

flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Michael Eich (michael.eich@vrb-rlp.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.



► TITELTHEMA

Hauptversammlung 2014

Mit der 25. Hauptversammlung, die am 20. März 2014 traditionsgemäß in der Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim stattfand, haben die Delegierten gemeinsam mit dem Landesvorstand die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft unseres Verbandes gestellt: Der Realschullehrerverband heißt künftig „Verband Reale Bildung“ und öffnet sich damit allen Lehrkräften.

Die Hauptversammlung in Ingelheim war der Abschluss eines langen und herausfordernden Prozesses, der von vielen engagierten Mitgliedern in den Bezirken Koblenz, Neustadt und Trier getragen und immer wieder kritisch hinterfragt wurde. Als Ergebnis wurde die Umbenennung in Verband Reale Bildung beschlossen und damit unser wichtigstes Anliegen, dass nämlich zukünftig die reale Bildung im Zentrum unserer programmatischen Verbandsarbeit stehen wird, zum Ausdruck gebracht.

In Ingelheim resümierte Landesvorsitzender Bernd Karst die Veränderungen, die eine Weiterentwicklung unseres Verbandes und unserer Themen anstießen. Karst erläuterte, warum „Reale Bildung und

ihre Perspektiven für Schule, Wirtschaft und Gesellschaft“ unverzichtbar sind und insbesondere in den Grund- und Realschulen plus und Gesamtschulen gestärkt werden müssen. Der Vortrag des VRB-Landesvorsitzenden ist Titelthema der vorliegenden Ausgabe von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“. Prof. Dr. Rainer Dollase und der Unternehmensberater Vinzenz Baldus bestätigten in ihren Vorträgen für die anwesenden Delegierten, ebenfalls den eingeschlagenen Weg.

Ihre Beiträge sowie die Hauptversammlung 2014 insgesamt sind entlang des Titelthemas in Wort und Bild dokumentiert.

► INGELHEIMER REDE BERND KARST

Vom VDR zum VRB: Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Verband Deutscher Realschullehrer Rheinland-Pfalz, der im Mai 1950 unter dem Namen „Landesverband der Mittelschullehrer“ gegründet wurde, muss sich weiterentwickeln – auch in Orientierung an die schul- und gesellschaftspolitischen Veränderungen sowohl in Rheinland-Pfalz als auch auf Bundesebene. Die Mitglieder haben daher auf der Hauptversammlung am 20. März in Ingelheim mit 108 von 112 abgegebenen Stimmen bei 4 Enthaltungen die Umbenennung unseres Verbandes beschlossen. Dieses eindeutige Abstimmungsergebnis bringt



die Überzeugung zum Ausdruck, dass wir die Reale Bildung stärken müssen – und, dass diese Stärkung und Weiterentwicklung nur gelingen kann, wenn sie auf breiter Basis, also gemeinsam, erfolgt.

1. Namen und Namensänderungen sind Ergebnisse schulpolitischer Gegebenheiten und Veränderungen

In Deutschland gab es im Jahr 2013 den VDR nur noch in Rheinland-Pfalz und im Saarland. In allen anderen Bundesländern trug der VDR eine andere Bezeichnung. Die Bezeichnung „VDR“ entspricht auf Bundesebene schon lange nicht mehr der „flächendeckenden Wirklichkeit“, weil die einzelnen Bundesländer zunehmend die eigenständige Realschullehrrausbildung aufgegeben haben.

Mit den drei Buchstaben „VDR“ sind Traditionen und Emotionen verknüpft. Für eine Namensänderung musste es daher überzeugende Argumente geben. Die liegen in der Tat auch vor, weil die zahlreichen gesellschaftlichen und schulpolitischen Veränderungen nicht ignoriert werden können.

Tatsache ist,

- dass es in Rheinland-Pfalz keine staatlichen Realschulen mehr gibt und die Realschullehrrausbildung abgeschafft wurde;
- dass eine Vielzahl an Realschulen bzw. Realschulen plus in Integrierte Gesamtschulen umgewandelt wurden und ein hoher Anteil unserer Realschullehrerinnen und Realschullehrern an Integrierten Gesamtschulen unterrichtet;
- dass der Verband Deutscher Realschullehrer ausschließlich die männliche Form als Bezeichnung trug, obwohl Lehrerinnen zahlenmäßig zwei Drittel eines Kollegiums repräsentieren;
- dass nicht nur deutsche, sondern auch Lehrkräfte mit einer anderen Nationalität an unseren Schulen unterrichten;
- dass unsere Verbandszeitschrift bereits seit einigen Jahren den Namen „Reale Bildung in Rheinland Pfalz“ trägt. Analog heißt unsere Bundeszeitschrift „Reale Bildung in Deutschland“.

2. Eine Namensänderung bedeutet keine Abkehr von Grundsätzen

Reale Bildung prägt die lange Geschichte unseres Verbandes. Wahlpflichtfächer, Berufsorientierung, Informatische Bildung und Ökonomische Bildung gehören zum Kernauftrag der Realschule. Reale Bildung war und ist unverzichtbar, weil unsere Schülerinnen und Schüler ohne Reale Bildung nur eingeschränkte berufliche Perspektiven besitzen. Unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt ist auf das schulische Angebot Realer Bildung angewiesen.

Mit der Namensänderung wollen wir unser auf die

Realschule und die Realschullehrkräfte bezogenes Segment erweitern. Wir wollen uns allen Lehrkräften öffnen, die sich der Realen Bildung und ihrer entsprechenden Interessenvertretung zuwenden. Weiterentwicklung bedeutet nicht, dass wir von Grundsätzen abweichen werden, für die wir schon immer eingetreten sind.

Schulen brauchen mehr Unterstützung, Schulen brauchen eine breit gefächerte Professionalität – kurzfristig und vor Ort. Lehrerinnen und Lehrer sind Pädagogen mit einem fachwissenschaftlichen Studium. Sie sind weder Psychologen, noch


Therapeuten, geschweige „Allrounder“. Schulen haben sich verändert. Ein „Weiter so!“ kann es daher nicht geben. Der vom VDR in Zusammenarbeit mit dem Landeselternbeirat initiierte „Runde Tisch“ hat Empfehlungen erarbeitet. An konstruktiven Verbesserungsvorschlägen mangelt es folglich nicht, jedoch an der Bereitschaft, sie politisch umzusetzen.

Auch die künftigen Forderungen unseres Verbandes lauten:

- Die Messlatte der Leistungsanforderungen darf nicht sinken. Wir wollen daher weder die Hausaufgaben noch die Notengebung und das Sitzenbleiben abschaffen.
- Die Rahmenbedingungen für eine gute Schule müssen verbessert werden.
- Die volle Unterrichtsversorgung muss gewährleistet sein.
- Die Unterstützungsangebote für Schulen und Lehrkräfte müssen ausgebaut werden.
- Die sozialen Aspekte (Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Besoldung) müssen verbessert werden, damit der Lehrerberuf nicht weiter an Attraktivität verliert.

3. Reale Bildung spricht alle an

Inhaltlich gilt es, Bewährtes zu sichern und zugleich auf neue Herausforderungen zu reagieren. Das kann aber nur gelingen, wenn wir uns auch strukturell stärken. So ist es unser Ziel, die Kollegien stärker zusammenzuführen, indem wir einer erweiterten Leh-



Gemeinsam mit Katharina Becker, Mitglied des Landeshauptvorstandes, eröffnete der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst die 25. Hauptversammlung. Sie begrüßten die Mitglieder und namentlich den VDR-Ehrenvorsitzenden Hans Thielen, VDR-Ehrenmitglied Alfons Denig, die ehemalige VDR-Landesvorsitzende Jutta Grabkowski sowie die Justiziarin des VDR, Rechtsanwältin Antonia Dufeu.

erschaft unsere verbandspolitische Unterstützung anbieten. Diese Lehrerschaft wird in dem Verband Reale Bildung eine Interessensvertretung finden, die sich realpolitisch für eine Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen stark macht.

Wir sind ein Lehrerverband mit zwei Zielrichtungen:

- Wir vertreten zum einen die beruflichen Interessen unserer Mitglieder,
- und wir treten zum anderen für die Sicherung und Weiterentwicklung eines Bildungsideals ein.

So verbinden wir mit der Aufwertung der Realen Bildung zugleich die Forderung, eine vergleichbare Wertschätzung jenen entgegen zu bringen, die für die Vermittlung der Realen Bildung verantwortlich sind. Daraus folgt:

Reale Bildung spricht alle Lehrkräfte an. Folglich verstehen wir uns als Interessenverband und damit Ansprechpartner aller Lehrkräfte.

Bei den Personalratswahlen erzielte der VDR ein deutliches Ergebnis. Im HPR besitzen wir mit fünf Sitzen die relative Mehrheit. Aufschlussreich und erfreulich ist die Tatsache, dass über 50 % der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter an den Studienseminaren für das Lehramt an Realschulen plus unseren Verband gewählt haben. Positiv ist ebenso, dass wir eine hohe Zahl an jungen Neumitgliedern gewinnen konnten. Erfreulich und perspektivisch notwendig ist es, dass im Landeshauptvorstand und in den Vorständen eine Vielzahl an jungen Lehrerinnen und Lehrern mitarbeitet. Sie alle wirken mit, weil die Realschule plus und die IGS eine starke Interessensvertretung benötigen, eine Interessenvertretung, die nachdrücklich für ein starkes Plus kämpft, auch an der IGS. Allen gemeinsam ist die Überzeugung, dass wir die Reale Bildung stärken müssen.

4. Veränderte Bildungsansprüche und veränderte schulische und berufliche Laufbahnentscheidungen

Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Landesamtes Bad Ems verringerte sich das Interesse der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz an einem Ausbildungsvertrag im Dualen System im Jahr 2013 um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, bedingt durch den demografischen Wandel, aber auch infolge ver-

änderter Bildungswege. So habe sich die Zahl der Studienanfänger in den vergan-

Timo Lichenthäler führte als Moderator durch die Hauptversammlung und stellte als Tagungspräsident die Anträge zur Satzungsänderung vor. Ihm zur Seite standen Regina Bollinger sowie Peter Quint.



genen 20 Jahren verdoppelt (Statistisches Landesamt. In: Allgemeine Zeitung, 26.4.2014).

Vor dem Hintergrund steigender Studentenzahlen bei gleichzeitiger Zunahme nicht besetzter Lehrstellen ist – verstärkt in jüngster Zeit – eine heftige Diskussion entbrannt, welche Bedeutung die Abiturientenquote bzw. Akademikerquote für unsere Gesellschaft und für die Wirtschaft besitzen (vgl. hierzu den Aufsatz von Hartmut Hirsch-Kreinsen: Wie viel akademische Bildung brauchen wir zukünftig? Ein Beitrag zur Akademisierungsdebatte. In: Analysen & Argumente. Ausgabe 136, November 2013, Konrad Adenauer Stiftung).

Welche Aufgaben hat das Gymnasium der Zukunft? Lenkt das Abitur immer mehr auch in Richtung „Duale Ausbildung“? Aus wirtschaftlicher und beschäftigungspolitischer Sicht dürfte es ebenso wenig wünschenswert sein, wenn Lehrstellensuchende zunehmend aus gescheiterten Gymnasiasten oder Studienabbrechern rekrutiert würden.

Die Landesregierung ließ sich überzeugen, dass die Eltern keine Schulart neben dem Gymnasium akzeptieren werden, die nicht aufstiegsorientiert ist. Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen allerdings, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt unser Verband seinen Arbeitsschwerpunkt für die kommenden Jahre. Wir beabsichtigen, unseren politischen Einfluss und unseren Wirkungsbereich auszuweiten. So wollen wir einen bildungspolitischen Beirat installieren (vgl. § 25 der neuen Satzung), in dem Vertreter der Hochschule, der Wirtschaft und der Kammern vertreten sind. In diesem neuen Gremium sollen die Mitglieder ihr gemeinsames Interesse am Erfolg der Realen Bildung bündeln.

Fortsetzung auf Seite 8

In seinem kurzweiligen, aber auch nachdenklich stimmenden Vortrag kritisierte Prof. Dollase, dass zwar viel über das System Schule in Talkshows diskutiert werde, es aber an Handlungsforschung fehle, die den Lehrerinnen und Lehrern in der Praxis weiterhilft.

Die „subjektiven“ Erfahrungen der Praktiker sollten Gegenstand der Forschung sein, und durch deren Verallgemeinerung könnten „objektive“ Erkenntnisse gewonnen werden. In diesem Zusammenhang monierte Dollase, dass die Deutung der PISA-Ergebnisse durch Fehlinterpretationen und fragwürdigen Datenbewertungen geprägt sei, vor allem in Bezug auf das gegliederte Schulwesen: Dessen Durchlässigkeit und Bedeutung für die soziale Gerechtigkeit wurde seitens der PISA-Verantwortlichen kaum beachtet bzw. fehlgedeutet.

Kritisch sah Dollase auch das „Selbstständige Lernen“. Er berief sich dabei auf die Hattie-Studie, die ergeben hatte, dass das selbstständige Lernen empirisch betrachtet im besten Fall keinen Schaden anrichte. Da Schweden in den letzten Jahren sehr stark auf „Selbstständigkeit“ gesetzt und Lehrkräfte auf die Rolle von Lernbegleitern reduziert hätte, sinke Schweden in den Rangfolgen internationaler Vergleichsstudien. Es komme eben doch auf den Lehrer an, so Dollase. Die erwachsene Bezugsperson im Unterricht, die in positiven emotionalen Beziehungen zu ihren Schützlingen stehe, sei entscheidend für einen erfolgreichen Lernprozess. Drei Fragen sollte sich jede Lehrkraft stellen: 1. Was brauchen meine Schüler? 2. Was plane ich da-



Prof. Dr. Rainer Dollase:
„Auf den Lehrer kommt es an! Mit Selbstbewusstsein Reale Bildung vertreten!“

für? 3. Was haben sie dadurch am Ende gelernt? Lehrerkooperation und Schülerfeedback seien weitere Bausteine, die helfen könnten, den eigenen Unterricht und damit die Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler voranzubringen.

Prof. Dollase forderte die Teilnehmer der Hauptversammlung auf, Reale Bildung mit Selbstbewusstsein zu vertreten. Als Spezialisierung innerhalb des Schulwesens sei sie von großer Bedeutung, da sie im besten Sinne als „Realienkunde“ auf das Berufsleben vorbereite und „denkende Praktiker“ hervorbringe. Es müsse vermieden werden, dass Schulen nur noch abstrakte und systematische Wissenschaftsinhalte vermitteln und dadurch akademisiert werden. Reale Bildung müsse Realitätskenntnis schaffen, das müsse gerade durch den Verband Reale Bildung (VRB) befördert werden.



Michael Eich, Mitglied des Landesvorstands, knüpfte an den Vortrag von Prof. Dollase an und forderte die anwesenden Kolleginnen und Kollegen auf, Reale Bildung selbstbewusst zu vertreten.

„Reale Bildung“ müsse allerdings eine Begriffsschärfung erfahren. Eich schilderte, dass sich aktive und engagierte Mitglieder in allen Bezirken bei Bezirksversammlungen und Regionalkonferenzen genau damit befasst hätten. Im Anschluss habe eine Arbeitsgruppe unter der Federführung von Pressesprecher Wolfgang Häring die Resultate zu einem Gesamtkonzept gebündelt.

Wir vermitteln Reale Bildung!

Eich hob hervor, dass Reale Bildung die Interessen von Schülern, Eltern, Lehrern wie auch von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft verbinde, da sie vielfältige Bildungswege und Abschlüsse ermögliche. Das müsse der Öffentlichkeit stärker ins

Bewusstsein gebracht werden. Der von Prof. Dr. Dollase genannte „denkende Praktiker“ stehe im Mittelpunkt, und dafür müsse Reale Bildung im engeren Sinne als ganzheitliche, vielfältige und lebensnahe Pädagogik verstanden werden, die sowohl berufs- als auch studienbezogen ist.

Reale Bildung und vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die sie tagtäglich umsetzen, benötigen eine starke Interessenvertretung, die sich sowohl für Reale Bildung als auch für die Anliegen ihrer Mitglieder ohne ideologische Scheuklappen einsetzt: „Und das ist unser Alleinstellungsmerkmal!“ An Beispielen ausgewählter Verbandsziele und -initiativen wie Beamtenstatus, Besoldung, Einstellungschancen, Erziehungsoffensive und Inklusion führte Eich das den Delegierten vor Augen.



Fortsetzung von
Seite 6

5. Eine Umbenennung ist konsequent

- „Nach meiner Überzeugung müssen die Stärken der Vorgängerschulen, also der Hauptschulen und Realschulen, zusammengeführt werden. Das macht für mich Reale Bildung aus“, sagt Matthias Decker, Verbandsmitglied seit 2011. Eine Umbenennung in Verband Reale Bildung sei für ihn, der früher an einer Hauptschule unterrichtete, „nur konsequent“.
- Für Regina Bollinger, seit fünf Jahren Verbandsmitglied und seit Mai 2013 Mitglied im Bezirkspersonalrat Integrierte Gesamtschulen, „ist Reale Bildung gerade an IGSen vonnöten.“
- „Auch Kolleginnen und Kollegen, die an den Fachoberschulen unterrichten, sollen den Verband Reale Bildung als ihre Interessenvertretung betrachten“, erklärt Ulrike Wedekind, Vorstandsmitglied seit über 30 Jahren.

6. Reale Bildung fordert und bietet breite Solidarität

Wir haben auf Bezirksversammlungen und Regional Konferenzen sowie in Mitgliederbriefen und in der letzten Ausgabe unserer Verbandszeitschrift die Zielrichtung einer Namensänderung unseres Verbandes offen und auf breiter Basis thematisiert. Wir wurden

auch und gerade von der älteren Mitgliedergeneration bestärkt, selbstbewusst den Namenswechsel in Gang zu bringen.

Fotos von der Hauptversammlung zeigen, dass alle Lehrer generationen in Ingelheim vertreten waren. Und sie zeigen bei näherem Hinsehen, wie viele Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Regionen des Landes, aus verschiedenen Schulen und Schularten mit unterschiedlicher Funktion oder mit unterschiedlich langer und enger Verbandstätigkeit den Prozess der Weiterentwicklung miterleben und mittragen wollen. Reale Bildung war ein zentrales Anliegen des VDR, Reale Bildung wird auch der Auftrag des VRB sein. Die Reale Bildung braucht eine starke Lobby. Diese Lobby sind wir, weil wir die Reale Bildung gemeinsam stärken.

Wir müssen den politischen Druck erhöhen, damit Reale Bildung, damit die Realschule plus und auch zunehmend die Integrierten Gesamtschulen nicht schulpolitisch vernachlässigt werden, damit diese Schularten nicht zum Verlierer der Politik und der Pädagogik werden. In zwei Jahren finden die nächsten Landtagswahlen statt. Zwei Jahre Beschwichtigungspolitik, zwei Jahre Verströngungspolitik – und danach?

Fortsetzung auf Seite 10

Vinzenz Baldus:

„Verband Reale Bildung – eine unverzichtbare Interessenvertretung“

Der Unternehmensberater Vinzenz Baldus wies in seinem Vortrag darauf hin, dass ein Verband Reale Bildung den Sektor neben der gymnasialen Bildung verstärkt in den Blick nehmen müsse. Er hält zudem eine Kooperation des Verbandes mit der Wirtschaft und Gesellschaft, ebenso mit den Eltern und Schülern, für unerlässlich.

80 Prozent der Wirtschaft bestünden, so Baldus, aus mittelständischen Unternehmen, und es sei eben jene Realwirtschaft

gewesen, die die Finanzwirtschaft 2008 aus der Krise geholt habe. Er unterstrich die Verantwortung unseres Verbandes, diese mittelständischen Unternehmen nicht im Stich zu lassen. Die Persönlichkeitsentwicklung von Schülerinnen und

Schülern müsse stärker in den Schulen in den Blick genommen werden. Überdies gelte es, den Erhalt der Sekundärtugenden (Pünktlichkeit, Fleiß, Disziplin) zu sichern. Es könne auch nicht sein, monierte der freiberufliche Unternehmensberater, dass 20 Prozent des Jahrgangs 2012 nicht ausbildungsfähig waren, weil sie weder ausreichend rechnen noch lesen konnten.

Vinzenz Baldus brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Verband Reale Bildung bei dieser Hauptversammlung seine „Geburtsstunde“ erreichen und sich in der Folge seine Mitgliederzahl noch weiter vergrößern werde. Er umschrieb den

VRB als „Qualitäts-Marke“, die künftig als treibende Kraft dafür stehe, dass Reale Bildung aktiv und gleichwertig zur akademischen Bildung gestaltet werde. Vinzenz Baldus versprach, dem Verband Reale Bildung unterstützend verbunden zu bleiben und förderndes VRB-Mitglied zu werden.



Impressionen

Hauptversammlung 2014



Fortsetzung
von Seite 8



Rechts-
anwältin

Antonia Dufeu hatte als Justiziarin des VDR bereits im Vorfeld der Landeshauptversammlung den Landesvorstand beraten. In Ingelheim unterstützte Dufeu das Tagungspräsidium, den Vorstand und die Delegierten bei Fragen zur Satzungsänderung.

Was kommt nach 2016 – unabhängig von der Farbe der Regierungsverantwortung? Auf parteipolitische Glaubensbekenntnisse ist wenig Verlass. Der Druck von außen ist entscheidend. Die Landesregierung zeigt bislang wenig Sensibilität für die Probleme, insbesondere für die Realschule plus, und sie überstrapaziert uns zunehmend.

Wir sind als Lehrkräfte an den Realschulen plus und als Lehrkräfte an den Integrierten Gesamtschulen

- gut genug, um anspruchsvollen Inklusionsansprüchen Rechnung zu tragen, ohne dass ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden;
- gut genug, um die pädagogischen Probleme zu lösen, die andernorts nicht bewältigt werden;
- gut genug, um ohne Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrkräfte und ohne institutionelle Unterstützungsmaßnahmen Probleme zu lösen, bei deren Bewältigung sich die Familien und die Gesellschaft überfordert fühlen.

Schluss damit: Unsere künftige Lehrer- generation braucht vor dem Hintergrund der neuen schulpolitischen Ausgangslage einen Verband, der mit erhöhtem verbandspolitischen Druck ein gemeinsames Dach besitzt. Der VRB wird dieses Dach sein. Der VRB ist unser VDR in gelebter Perspektive. VRB ist VDR mit Machtzuwachs. Wir wollen nicht länger beklagen, was sich verändert hat. Wir brauchen Rückhalt, wir brauchen Kraft, wir brauchen Solidarität, damit wir mit Genugtuung, Zufriedenheit, Überzeugung und in Gesundheit unseren Beruf ausüben können.

Reale Bildung, dafür kämpfen wir – und als Lehr- verband auch für unsere spezifischen Interessen. Das ist nicht nur legitim, sondern notwendig. Denn auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an. Und diese müssen sich auf ihren Unterricht und auf ihre Schule freuen, wenn sie morgens ankommen und ihren Dienst beginnen.

Verband Reale Bildung heißt: Objektive, gesellschaftliche Erfordernisse und subjektive, lehrerbezogene Bedürfnisse miteinander in Einklang zu bringen. Der Übergang vom VDR zum VRB ist daher eine Stärkung der Realen Bildung und ihrer lehrerbezogenen Inter- essensvertretung.

*Ich
Bened Karn*



Weichen für
zukunfts-
fähige Pers-
pektive gestellt

In ihrem gemein- samen Schlusswort fassten der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Wünschel und Benjamin Bajraktari, Mitglied des Landeshauptvorstandes, die Ergebnisse der 25. Hauptversamm- lung zusammen.

Die Geschlossenheit, mit der die Delegierten ihren Verband aus einer Position der Stärke heraus für die Zukunft aufgestellt hät- ten, werde von der Öffentlichkeit wahrgenommen. In Ingelheim sei noch einmal deutlich geworden, dass der VDR und in seiner

Nachfolge VRB als Sprachrohr der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen wahrgenommen werde. Bei vielen bildungspolitischen Fragestel- lungen habe der VRB inzwischen die Meinungs- führung inne und beeinflusse ganz wesentlich die bildungspolitischen Auseinandersetzungen. Ohne die breite Unterstützung der Mitglieder und die enge Abstimmung mit ihnen wäre das nicht möglich gewesen. Bajraktari schloss mit den Worten: „Das war heute eine generationenüber- greifende Entscheidung. Sie wird mich und unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen noch einige Jahrzehnte begleiten. Und wir sind froh darüber, denn es zeigt, dass wir Schule mit gestalten können. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, un- seren Verband weiterhin gemeinsam zu stärken. Kommunizie- ren Sie in Ihren Schulen unseren Verband Reale Bildung – denn nur gemeinsam sind wir stark.“

Fazit: Reale Bildung verbindet!

Die 25. Hauptversammlung in Ingelheim hat gezeigt, auf welch großen Rückhalt der Landesvorstand bei einem derart herausfordernden Vorhaben bauen durfte. Die Umbenennung des VDR in Verband Reale Bildung (VRB) war für eine große Zahl von Delegierten keine einfache Entscheidung. Viele von ihnen sind seit ihrem Referendariat Mitglied im VDR, andere haben über Jahrzehnte die Arbeit ihres VDR getragen und unterstützt. Dennoch war der 20. März 2014 von Beginn an von einer Aufbruchsstimmung geprägt, die ermutigt hat, aktiv die Weichenstellung für eine erfolgreiche Zukunft unseres Verbandes vorzunehmen und mitzutragen. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Sicherlich ist das auch darauf zurückzuführen, dass die Weiterentwicklung und Umbenennung nicht über die Köpfe unserer Mitglieder hinweg beschlossen wurde. Sie hatten Gelegenheit, Einfluss zu nehmen und mitzugestalten. Das haben sie auf Bezirksversammlungen und Regionalkonferenzen genutzt. Das erklärt vielleicht auch, warum es in Ingelheim keine Gegenstimme für die Satzungsänderung und den neuen Namen gab.

Ingelheim hat noch mehr gezeigt: Die Verbandsarbeit wird von Lehrkräften aller Generationen getragen und unterstützt. Das uns verbindende Band, das trotz Schulstrukturreform und Umbenennung stärker denn je ist, ist die Überzeugung, dass es einer pragmatischen Interessenvertretung bedarf,

die sich ohne ideologische Scheuklappen für das Gelingen von Unterricht und Schule sowie für gute angemessene Arbeitsbedingungen einsetzt. Die Geschlossenheit, mit der unsere Mitglieder den Landesvorstand unterstützen, ist Ergebnis unseres kollegialen Miteinanders. Unsere Verbandsziele sind Resultate des Austauschs mit unseren Kolleginnen und Kollegen und werden nicht von Funktionären, die den Unterrichts- und Schulalltag längst nicht mehr kennen, mit vermeintlich progressiven Gesellschaftszirkeln verabredet. Und das gilt eben auch für „Reale Bildung“. Reale Bildung ist die Bündelung dessen, was viele Schülerinnen und Schüler benötigen, um in unseren Realschulen plus, Fachoberschulen und Gesamtschulen erfolgreich auf Ausbildung und Studium vorbereitet zu werden. Wir wissen aus der Praxis, dass es nicht nur einen einzigen Weg geben kann, der alle unsere Kinder und Jugendlichen zum Ziel führt.

Ingelheim hat uns ermutigt und bestärkt, mit Selbstbewusstsein „Reale Bildung“ zu vertreten und unseren Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht Mitglied bei uns sind, eine Einladung zum Mitmachen einzuladen. „Reale Bildung“ verbindet.



Rahmentext: Michael Eich
Fotos: Karin Berneburg
und Claus Brier

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 20. MÄRZ 2014

Realschullehrerverband heißt künftig „Verband Reale Bildung“

Der Landesverband Deutscher Realschullehrer (VDR) hat sich in einer Hauptversammlung in Ingelheim den Namen Verband Reale Bildung (VRB) gegeben. Mit der Namensänderung ist eine Weiterentwicklung der Verbandsziele verbunden, die die Vertretung von Lehrkräften weiterer Lehrämter möglich macht. Damit reagiert man nach Auskunft des Landesvorsitzenden Bernd Karst auf die Wandlungen in der Gesellschaft und in der Bildungsstruktur des Landes: „Als stets an der Realität orientierter Verband und starke Lobby für Lehrkräfte und für ein differenziertes Schulsystem werden wir die gesellschaftlichen und pädagogischen Entwicklungen zukunftsorientiert begleiten und unsere Erfahrungen einbringen.“

Zum einen vertritt der VRB als Lehrerverband die Interessen seiner Mitglieder. Diese unterrichten sowohl an Realschulen plus bzw. an Realschulen plus mit Fachoberschule als auch an Gesamtschulen und anderen Einrichtungen. Auch pädagogische

Fachkräfte und Förderschullehrkräfte an Schwerpunktschulen sowie Studienräte an den Fachoberschulen und Integrierten Gesamtschulen sollen im VRB eine Basis finden können. Zum anderen steht der Verband Reale Bildung für die bisher schon vertretenen Ideale einer an der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler orientierten vielseitigen und ganzheitlichen Bildung. Diese ist sowohl studien- als auch berufsorientiert und vermittelt individuell zugeschnittene Abschlüsse von der Berufsreife bis zum Abitur. Der Verband Reale Bildung wird sich stark machen gegen den Fachkräftemangel im Land und gegen eine Akademisierungsinflation, wie sie von der OECD propagiert wird.

Um Reale Bildung attraktiv zu machen, bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen, die der Verband vehement einfordert. Klassen mit 30 Schülern und Inklusionsträume ohne entsprechende sächliche und personelle Ausstattung wirken Realer Bildung entgegen.



UNICEF:
„Jedes Kind hat Rechte!“



Unter diesem Motto soll am diesjährigen Weltkindertag am 20. September mit zahlreichen Initiativen auf die Kinderrechte aufmerksam gemacht werden.

Vor 25 Jahren wurde die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet. Sie soll allen Kindern das Recht auf Überleben, persönliche Entwicklung, Schutz vor Ausbeutung und Gewalt sowie das Recht auf Beteiligung – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe oder Religion – garantieren. Doch Deutschland hat in Sachen Kinderrechte einiges nachzuholen. Im Januar 2014 riefen die Vereinten Nationen Deutschland dazu auf, den Kinderrechten mehr politisches Gewicht zu verleihen.

Fazit: Die Kinder sind unsere Zukunft – ihre Rechte zu fördern und benachteiligte Kinder zu unterstützen, sollte eines der obersten politischen Ziele sein. Dazu gehört auch die Bereitschaft der Politik, den Schulen und Lehrkräften Rahmenbedingungen zu gewähren, die eine angemessene Unterstützung und Förderung der Schüler ermöglichen.

*Wü/Quelle: UNICEF Deutschland: www.unicef.de;
Deutsches Kinderhilfswerk: www.dkhw.de*

DUALE BERUFSBILDUNG:
Zahl der Neuabschlüsse erreicht neuen Tiefstand

Im Jahr 2013 schlossen in Rheinland-Pfalz 26.493 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag im Dualen System ab. Wie das Statistische Landesamt nach ersten Auswertungen der Berufsbildungsstatistik mitteilt, waren das 1.515 weniger als im Vorjahr (minus 5,4 Prozent) und damit so wenige wie seit fast zwanzig Jahren nicht mehr. Einen ähnlich geringen Wert gab es zuletzt im Jahr 1994.

Maßgeblich für diese Entwicklung ist neben demografischen Ursachen vor allem ein geändertes Bildungsverhalten. Immer mehr junge Menschen streben eine akademische Ausbildung an. Anders als in der Berufsausbildung hat sich die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger eines Studiums in den letzten zwanzig Jahren fast verdoppelt (Studienjahr 2013: 23.296).

Nicht alle jungen Menschen, die im vergangenen Jahr nach einer Ausbildungsstelle suchten, wurden auch fündig. So waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit am 30. September 2013 landesweit insgesamt 727 ‚unversorgte‘ Bewerber registriert, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten (Vorjahr: 514). Gleichzeitig wurden 1.285 unbesetzte Ausbildungsstellen gemeldet (Vorjahr: 1.122).

Auch die Zahl der Auszubildenden insgesamt sank gegenüber dem Vorjahr (minus 2,8 Prozent). Am 31. Dezember 2013 befanden sich 70.491 Auszubildende in einer dualen Ausbildung, Ende 2012 waren es noch 72.534.

Hr/Quelle: Statistisches Landesamt

UNTERRICHTSAUSFALL
Transparenz und Zahlenspiele



Unter der griffigen Überschrift „Schulminister schummeln beim Unterrichtsausfall“ versuchte der Deutschlandfunk (Miltiadis Oulios) Anfang Februar der Öffentlichkeit ein Problem zu vermitteln, das sich so anhört: „Bundesweit fallen mehr Schulstunden aus, als man aus den offiziellen Zahlen ablesen kann. Der Grund: Ist ein Kollege oder eine Kollegin krank, gibt es zwar oft Vertretungslehrer, fachspezifischer Unterricht findet aber eher selten statt.“

Das ist längst nicht so aufregend wie es klingt...

Interessanter ist ein föderaler Nebenschauplatz, der sich in der Feststellung zeigt: „Wie viel Unterricht in Deutschland tatsächlich ausfällt, ist umstritten.“ Offensichtlich ist die Spannweite der Transparenz groß. Es gibt Bundesländer (z. B. Saarland, Niedersachsen, NRW und Hessen), die keine Zahlen erheben oder liefern. Auf der anderen Seite gibt es Bundesländer, die sogar Daten zu einzelnen Schulen liefern. Neben Brandenburg und Sachsen gehört auch Rheinland-Pfalz dazu.

Auch lobenswerte Transparenz kann nicht über das Grundproblem hinwegtäuschen. Es fehlen noch immer Lehrkräfte in der Alltagsreserve.

Wü/Quelle: www.deutschlandfunk.de/bildung-schulminister-schummeln-beim-unterrichtsausfall.1180.de.html?dram%3Aarticle_id=277567

► BERUFSORIENTIERUNG FÜR SCHULABGÄNGER

Duales Ausbildungssystem stärken

Der von der Bundesregierung veröffentlichte Berufsbildungsbericht attestiert dem Bildungsland Deutschland, dass der betrieblichen Lehre eine starke Konkurrenz in Form des Hochschulstudiums entstanden ist. Laut des Berufsbildungsberichts „wandern die am besten qualifizierten Schüler nach oben an die Hochschulen ab“. Bildung in Deutschland wird zunehmend akademischer, das kann aus dem Berufsbildungsbericht geschlossen werden.

Doch warum entscheiden sich immer mehr Schülerinnen und Schüler für den Wechsel an eine weiterführende Schule und gehen nicht in eine Ausbildung? Die Antwort liegt auf der Hand: Die wenigsten Schulabgänger – ihre Eltern einbezogen – wissen über die duale Ausbildung, deren Vorzüge und über die Aufstiegsmöglichkeiten nach einem erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung Bescheid.

Und hier gilt es in den Schulen Aufklärungsarbeit zu leisten, beispielsweise mittels Berufsorientierung und Schullaufbahnberatung. Wir kennen unsere Schülerinnen und Schüler, kennen ihre Stärken und Schwächen. Wir wissen, was sie können und wo ihre Interessen liegen. Demnach dürfte es nicht schwer sein, ihnen

Wege aufzuzeigen, die ihnen nach Erlangen eines erfolgreichen Schulabschlusses offen stehen. Sowohl den Schulabgängern, die die 9. Klasse der Realschule plus mit erfolgreichem Erwerb der Berufsmatura verlassen, als auch den Absolventen der 10. Klasse mit qualifiziertem Sekundarabschluss I müssen frühzeitig die Vorzüge der dualen Berufsausbildung aufgezeigt werden, die „eng mit der starken Praxisnähe und der Verbindung von betrieblicher Praxis und Schulunterricht in dieser Ausbildungsform zusammenhängen“: geregeltes Einkommen, Weiterbildungsmöglichkeiten nach Abschluss der Berufsausbildung, innerbetriebliche Aufstiegschancen und auch die Möglichkeit der Aufnahme eines Studiums an einer Hochschule (Grundsatzpapier des Landesausschusses für Berufsbildung Rheinland-Pfalz).

Wenn Berufsorientierung frühzeitig umgesetzt wird, gelingt den Schülerinnen und Schülern der Übergang von der Schule in den Ausbildungsberuf besser und sie müssen nicht Berufsvorbereitungsmaßnahmen in den Übergangssystemen durchlaufen. Diejenigen, so der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (IHK), die im Übergangssystem landen, haben „am Ende ihrer Schulzeit

noch keine klaren Vorstellungen von ihrem künftigen Beruf“. Damit sich dieses Übergangssystem nicht neben der Dualen Ausbildung und den weiterführenden Schulen als dritte Säule manifestiert, muss dem durch frühzeitige Aufklärungsarbeit und angeleitete Berufsorientierung entgegen gewirkt werden. Bei dieser wichtigen Aufgabe benötigen die Schulen mehr Unterstützung. Angemessen wäre zum Beispiel mehr Anrechnungsstunden für die Berufswahlkoordinatoren, die an der Zahl der zu betreuenden Jugendlichen zu orientieren ist. Allerdings ist auch die Wirtschaft in der Pflicht, Sorge dafür zu tragen, dass die Ausbildungsberufe nicht „immer anspruchsvoller werden und auch stärker auf die speziellen Bedürfnisse von Großunternehmen zugeschnitten sind“ (Berufsbildungsbericht 2014). Konsequenz dieser Fehlentwicklung ist: Die Bewerber sind mit den Anforderungen ihres Ausbildungsberufes überfordert und die Betriebe könnten folglich ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen. Das Duale Ausbildungssystem hakte dann erneut.



Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 4. MÄRZ 2014

Bundesverwaltungsgericht bestätigt Streikverbot für Lehrkräfte

Mit ihrer trotzigsten Lehrer-Streik-Strategie hat die GEW nicht nur ihren Mitgliedern, sondern allen Lehrkräften einen Bärendienst erwiesen. Das Bundesverwaltungsgericht hat das generelle Streikverbot für Beamte bestätigt und darauf hingewiesen, dass bei einer eventuellen Änderung des Statusrechts, ein Streikrecht nicht zum „Nulltarif“ zu haben sei, d.h. das ginge zu Lasten der Lehrkräfte.

Die Süddeutsche Zeitung kommentiert in ihrer Ausgabe vom 28. Februar 2014: Wenn Lehrkräfte Beamte bleiben wollen, „gibt es keinen Grund, ihnen das Beste aus beiden Welten zuzuerkennen: das Streikrecht der Angestellten und alle Privilegien des Beamtentums“. Dass man beides haben könne, hat die DGB-Gewerkschaft ihren Mitgliedern weis zu machen versucht, pro-

pagiert es gegen besseres Wissen immer noch, beschimpft die übrigen Lehrerverbände als „Besitzstandswahrer“ und ignoriert die deutsche Rechtsprechung. Den vielen jungen Kolleginnen und Kollegen, die lange schon auf eine unbefristete Einstellung in das Beamtenverhältnis hoffen, ist mit Klagen zum Streikrecht sicherlich nicht geholfen.

„Der Beamtenstatus ist wesentliche Voraussetzung für die Unabhängigkeit der Lehrkräfte und die Gewährleistung schulischer Bildungsrechte“, bekräftigte Landesvorsitzender Bernd Karst den Standpunkt des Realschullehrerverbandes. „Mit dieser Heiße-Luft-Debatte wird die Öffentlichkeit darüber hinaus nur von den drängenden Problemen der Schule (Rahmenbedingungen der Inklusion, Erziehungsdefizite und unvollständige Unterrichtsversorgung) abgelenkt.“

► REALE BILDUNG – DUALE AUSBILDUNG

Balance zwischen „Machern“ und „Denkern“

Zunehmend registriert man in Bildungspolitik und Wirtschaft, dass etwas aus dem Gleichgewicht gekommen ist. Die Balance zwischen den „Machern“ der Wirtschaft, i.d.R. mit qualifiziertem Sekundarabschluss I und Ausbildung im Dualen System, und den „Denkern“, die mit Abitur ein theoretisch-wissenschaftliches Studium absolvieren, hat Deutschland über Jahrzehnte den wirtschaftlichen Erfolg auch in Krisenzeiten gesichert. Durch die angelsächsische Sichtweise, die Bildungserfolge einseitig an Studienabschlüssen festmacht, haben sich die Präferenzen deutlich verschoben.

Inflationäres Abitur?

So kritisiert der Bildungsforscher Hans-Peter Klein mit scharfen Worten, dass durch „die rasende Inflationierung des Abiturs durch Schleifung der Prüfungsanforderungen ... mittlerweile die Hälfte eines Jahrgangs – zumindest de jure – „hochschulreif“ ist“. Diese „blindwütige Massenakademisierung“ sei eine Hauptursache für die hohe Zahl der Studienabbrecher. Dem versuchen die Wissenschaftsminister schon länger Herr zu werden. Sie kosten nämlich Geld, da sie das erworbene Wissen nicht einsetzen können – und nicht als begehrte Fachkraft zur Verfügung stehen. An der Hochschule Bremerhaven versucht man z.B., die Studienanfänger mittels eines „Studienführerscheins“ für die Anforderungen der Hochschulen fit zu machen.

Azubi-Mangel?

Auf der anderen Seite fehlen in Industrie und Handwerk qualifizierte junge Menschen, die bereit und in der Lage sind, eine Lehre zu absolvieren. Mehr Schulen, mehr Abiturienten, mehr Akademiker und mehr Professoren. Die Bildungsexpansion ist beispiellos. Fachleute streiten, wie lange sie weitergeht ... und wozu. Der Philosoph Julian Nida-Rümelin, früherer Kulturstatsminister unter Bundeskanzler Schröder, zeigt sich überzeugt, dass die besondere Stärke des deutschen Bildungssystems darin bestehe, eine hochwertige Berufsausbildung im dualen System zu machen. „Das kann aber nur funktionie-

ren, wenn die Mehrzahl eines Jahrgangs weiter in die berufliche Lehre geht, nicht eine kleine Minderheit.“ Der Konstanzer Politikwissenschaftler Marius Busemeyer sieht die duale Ausbildung in einer strukturellen Krise. Kleinen Betrieben falle es immer schwerer, Jugendliche zu begeistern – vor allem für Handwerksberufe. Die gut qualifizierten Schüler wandern ab in Richtung Abitur, bildungsferne Jugendliche gehen oft den direkten Weg in das sogenannte Übergangssystem, also Berufsprüfungsbildung, Bewerbertraining o. ä.

Abiturienten in die Duale Ausbildung?

Der Wissenschaftsrat, das wichtigste wissenschaftspolitische Beratungsgremium von Bund und Ländern, hat die rückläufige Zahl an Ausbildungsverträgen erkannt. Er will die Ausbildungsberufe und das Duale System der Berufsbildung aufgewertet sehen. In Person seines scheidenden Vorsitzenden Wolfgang Marquardt empfiehlt der Beirat Abiturienten, einen Ausbildungsberuf in Erwägung zu ziehen. Die Berufswahl solle nicht nach „Image- und Prestige Gesichtspunkten“ getroffen werden. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, dass auch die Gymnasien berufliche und akademische Wege als gleichwertig vorstellen.

Die Idee, an Gymnasien Berufsorientierung sowie flächendeckend Praktika einzuführen, widerspricht allerdings der originären Aufgabe dieser Schulart, nämlich auf ein Universitätsstudium vorzubereiten. Das Gymnasium kann nicht die „Schule für alle“ werden, wenn es seinen Auftrag auch in Zukunft erfüllen soll.

Statt Abiturienten zu überreden, eine Lehre zu machen, sollten die Schulen aufgewertet werden, denen es schon immer gelungen ist, ihre Absolventen erfolgreich in Ausbildungsberufe zu vermitteln, nämlich Realschulen (plus) und Gesamtschulen. Inge Röckelein, Vorsitzende des saarländischen Realschullehrerverbandes, sagt dazu: „Es ist an der Zeit, die (schulische) Ausbildung vom Kopf auf die Füße zu stellen!“ Mit ihrem neigungs- und leistungsdifferenzierten Angebot bereiten diese Schulen wesentlich gezielter auf die

Anforderungen einer Lehre vor. Und die Jugendlichen sparen zudem wertvolle Lebenszeit.

Die Meinung, dass nur ein Hochschulstudium später stets ein hohes Einkommen sichert, ist längst widerlegt. Beim Vergleich kann man natürlich nicht nur das Monatseinkommen betrachten. Es muss berücksichtigt werden, dass ein Azubi bereits mit 16 Jahren sein erstes Geld verdient, ein Akademiker aber frühestens zehn bis zwölf Jahre später. Außerdem hat Letzterer zusätzlich hohe Kosten für die Finanzierung seines Studiums.

Allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, dass ein Universitätsstudium nicht der allein selig machende Lebensweg für alle jungen Menschen ist. Reale Bildung liegt wieder im Trend. Sie muss nur noch stärker ins Bewusstsein der Bildungspolitik und der Öffentlichkeit gerückt werden. Günstigenfalls gelingt eine Verzahnung beruflicher und akademischer Bildung wie z. B. beim Dualen Studium, das sich wachsender Beliebtheit und Akzeptanz erfreut.



¹⁾ Klein, Hans Peter „Abitur auch ohne Wissen möglich“ in: WirtschaftsWoche vom 7.4.14

²⁾ Osel, Johann und Preuß, Roland „Studienabbrecher“ in: Süddeutsche.de vom 14.4.14

³⁾ Grossarth, Jan „Müssen bald alle Menschen studieren?“ in: FAS vom 23.2.14

⁴⁾ Füller, Christian „Studieren zu viele?“ in: FAS vom 1.9.13

⁵⁾ Füller, Christian „Deutschland gehen die Lehrlinge aus“ in: SPIEGELonline, 7.4.14

⁶⁾ Wissenschaftsrat „Gestaltung des Verhältnisses von akademischer und beruflicher Bildung“ Drs. 3818-14 vom 11.4.14

⁷⁾ Knauß, Ferdinand „Gebt uns die Realschule zurück!“ in: WirtschaftsWoche vom 15.4.14

⁸⁾ Pressemitteilung des VDR Saar vom 12.4.14

⁹⁾ Astheimer, Sven „So reich macht das Studium wirklich“ in: FAZ vom 13.2.14

dbb: Rheinland-Pfalz braucht einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst

Am Vortag des Gewerkschaftstages 2014 traf sich der dbb-Vorstand unter der Leitung von Lilli Lenz (Bildmitte) in Mainz. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung der Großveranstaltung und mehrerer Entschlüsse. Darin ging es u.a. um den Erhalt des Tarifpluralismus sowie um die Forderung, die Beschäftigungs- und Besoldungsbedingungen im öffentlichen Dienst auch im Interesse der Personalgewinnung attraktiver auszugestalten. Für den VRB nahm der stv. Landesvorsitzende Wolfgang Wünschel (links) teil.



Foto: Hestermann

„So geht das nicht, Frau Ministerpräsidentin!“

Den dbb-Gewerkschaftstag 2014 nutzte die wiedergewählte Landesvorsitzende Lilli Lenz zum gewerkschaftlichen Schlagabtausch mit der Landesregierung. „So geht das nicht, Frau Ministerpräsidentin!“ Lilli Lenz forderte in der öffentlichen Veranstaltung am 6. Mai in Mainz gemeinsam mit 200 Delegierten die Ministerpräsidentin auf, den „5 x 1 %-Besoldungsdeckel“ beiseite zu legen.

Die Delegation des Verbandes Reale Bildung gratulierte Lilli Lenz, die mit 97 % der Stimmen wiedergewählt wurde, zu ihrem hervorragenden Ergebnis: Bernd Karst (nicht auf dem Bild), Wilfried Rausch, Erwin Steilen, Martin Radigk, Erwin Schneider, Hans Thielen, Michael Eich und Wolfgang Seebach.



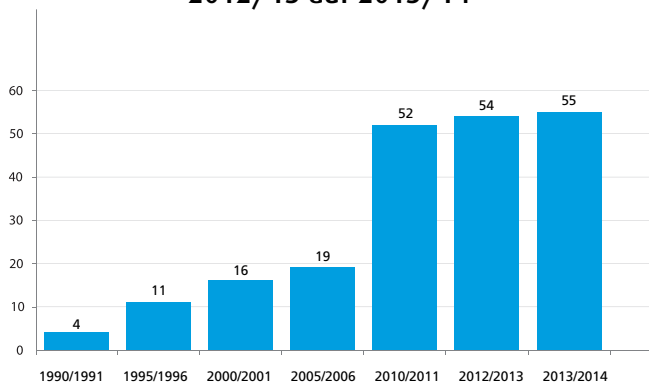
Foto: F. Windmüller

Integrierte Gesamtschulen in RLP

Schuljahr	Schulen	Klassen	Schüler			Lehrkräfte	
			insgesamt	weiblich in Prozent	Ausländer in Prozent	insgesamt Anzahl	weiblich in Prozent
1990/1991	4	113	3.896	47,4	7,8	342	47,7
1995/1996	11	244	7.723	48,8	6,5	621	53
2000/2001	16	435	13.395	50,3	5,5	1.022	54,4
2005/2006	19	491	16.165	50,7	6,5	1.262	56
2010/2011	52	1.160	34.336	48	6,5	2.848	62,1
2012/2013	54	1.235	37.243	48,2	5,4	3.149	63
2013/2014	55	1.271	38.508	48,5	5,2	3.205	62,5

Quelle: www.statistik.rlp.de

Schülerzahlentwicklung von Schuljahr 2012/13 auf 2013/14



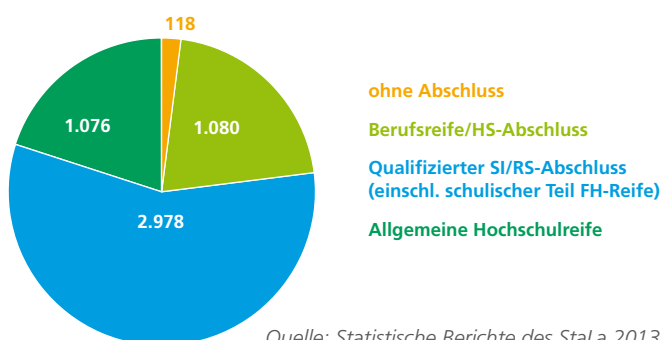
Quelle: MBWWK 29.11.2013

Seitdem die Landesregierung Anfang der 90er Jahre von der SPD geführt wird, hat sich die Zahl der Integrierten Gesamtschulen verzehnfacht. Die Attraktivität dieser Schulart liegt vor allem darin begründet, dass sie in der Regel eine Oberstufe anbietet, die die Hochschulreife vermittelt. Sie vermeidet für die Eltern die Entscheidung für eine bestimmte Schullaufbahn bereits nach der vierten Grundschulklasse.

In den letzten drei Jahren gab es allerdings nur noch drei neue Gesamtschulen, so dass sich das Wachstum der Schülerzahl deutlich abgeschwächt hat.

Das Zahlenverhältnis zwischen Mädchen und Jungen ist an den Gesamtschulen relativ ausgewogen. Der Ausländeranteil ist kontinuierlich gesunken und liegt aktuell bei nur ca. 5 %.

5.252 Schulabgänger von Integrierten Gesamtschulen in RLP 2012



Quelle: Statistische Berichte des StaLa 2013

Die Grafik macht deutlich, dass der überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler die Gesamtschule mit dem qualifizierten Sekundarabschluss I (Realschulabschluss) verlässt. Das verpflichtet die Schulen, der Berufsorientierung einen ähnlichen Stellenwert einzuräumen wie die Realschulen plus. Nur rund 20 % der Absolventen des Jahres 2012 haben die Integrierten Gesamtschulen mit der Hochschulreife verlassen. Das sind etwa gleich viele wie die Absolventen mit Berufsmaturation (Hauptschulabschluss). So haben sich vermutlich nicht alle Erwartungen erfüllt, mit denen die Kinder in der Klasse 5 angemeldet worden waren.



► Reale Bildung in der IGS Salmtal

Wie kommt die Rebe in die Flasche? – Wie kommt das Korn auf den Frühstückstisch?

„Starke Partner – Unternehmen und Schulen kooperieren“
Die Integrierte Gesamtschule Salmtal integriert Wirtschaft in den Unterricht



Fotos: www.fotolia.de

Idee des Projektes und Entstehungsgeschichte

Die Idee zu Schulpartnerschaften entstand, als unsere Planungsgruppe mit dem Aufbau einer Integrierten Gesamtschule am Schulstandort Salmtal beauftragt wurde. Zuerst stand der Gedanke des Schulsponsorings im Vordergrund, doch im Laufe der Planungsphase kristallisierten sich im Austausch mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) Trier andere Zielsetzungen heraus. Wie kann man die Interessen der Wirtschaft mit denen der Schule verbinden? Wie könnte man die Angebote von Unternehmen in den Schul- und Unterrichtsalltag integrieren? Die IHK Trier unterstützt die IGS Salmtal durch das Projekt „Starke Partner – Unternehmen und Schulen kooperieren“¹ und verspricht sich davon, dem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen.

Zur Implementierung des Projekts wurden Inhalte einzelner Fächer mit dem didaktischen Schwerpunkt der Vernetzung gesichtet und in zahlreichen Gesprächen mit den Zuständigen der verschiedenen Unternehmen abgesprochen. Daraus entwickelten sich detailliert ausgearbeitete Projekte, Unterrichtseinheiten und Praktika, die in den Kooperationsvereinbarungen mit den Unternehmen festgehalten sind.

Der Startschuss für dieses Projekt fiel zusammen mit dem Start der IGS Salmtal. Seitdem haben sich weitere Unternehmen angeschlossen, die dieses Konzept unterstützen.

Zielsetzung

Für die IGS Salmtal sollte ein schlüssiges, aufeinander aufbauendes und bereits in der Jahrgangsstufe 5 beginnendes Berufsorientierungsprogramm Profil gebend sein. Für das anvisierte Projekt stand das Einbinden externer Partner im Vordergrund:

Ziele seitens der Schule:

- Langfristige Partnerschaft mit Unternehmen aus der Region
- Vernetzung von Unterrichtsinhalten mit denen aus der Wirtschaft
- Entdeckende, forschende Berufserkundungen ab Klasse 5
- Frühe Unterstützung von Interessen/Begabungen
- Förderung der Stärken der Schüler und Schülerinnen
- Wegbegleitung – Beruf oder Studium?

So früh wie möglich galt es in der 5. Klasse mit Berufsorientierung zu starten und sie so zu gestalten, dass diese einen altersgemäßen entdeckenden und erforschenden Charakter aufweist. Für die weiteren Jahrgänge sollten dem Alter entsprechende Bausteine entwickelt werden. Dabei mussten auch die Interessen unserer Kooperationspartner berücksichtigt werden.

Diese erhalten dadurch nicht nur einen Einblick in die Schule sowie in bildungspolitische Entwicklungen und Entscheidungen, sie können darüber hinaus auch aktiven Einfluss auf die Integration von Jugendlichen in die Berufs- und Arbeitswelt nehmen. Die mit der IGS Salmtal zusammenarbeitenden Unternehmen stehen uns als mögliche Lernpartner zur Verfügung, um das Potenzial geeigneter Bewerber zu fördern. Für die IHK Trier ist die Qualität der Partnerschaften wichtig: „Sowohl für die Unternehmen als auch für die Schüler, Lehrer und Eltern muss es ein Gewinn sein,

eine Partnerschaft einzugehen und diese langfristig mit Leben zu füllen.“²

Beispiele für Bausteine der Kooperationsvereinbarungen

Die von der IGS Salmthal mit den Kooperationspartnern erarbeiteten Bausteine fließen in den Fachunterricht der Klassenstufen 5 bis 10 ein oder unterstützen diesen in Form von Projekten, Besichtigungen oder Praktika. Bei der Ausarbeitung der Bausteine mit den Unternehmen halfen konkrete Aufgabenstellungen weiter, wie z. B.: „Wie kommt die Rebe in die Flasche?“, „Wie kommt der Gummi auf die Straße?“ oder „Wie kommt das Korn auf den Frühstückstisch?“

So unterstützen beispielsweise eine Großbäckerei und eine Weinkellerei im Rahmen des Faches Gesellschaftslehre die Unterrichtseinheit zum Thema: „Landwirtschaft in Heimat und Welt“ in der Klassenstufe 5. Während der Unterrichtseinheit werden Besuche auf dem Bauernhof oder bei einem Winzer durchgeführt und mit den dafür vorgesehenen Inhalten des Tableaus vertieft. Bei der Ausarbeitung der Kooperationsvereinbarungen wurde bereits der Blick auf die Oberstufe gewagt, wo Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben werden soll, eine fundierte Facharbeit beispielsweise zum Weinbau zu schreiben.

Das folgende Beispiel gibt einen Einblick in eine Kooperationsvereinbarung mit einer Weinkellerei.

Klasse/Stufen	Thema	Aktivität	Fach
5-10	Vorstellung der Schulpaten/-partner in der Schule	Abendveranstaltung für Schüler und Eltern	
5/6	Durchgängiges Motto: Von der Rebe in die Flasche	Betriebserkundung <ul style="list-style-type: none"> Wie kommt die Rebe in die Flasche? Wo wachsen die Reben? Welche Arbeiten fallen im Weinberg an? Was passiert dann? 	Gesellschaftslehre Erdkunde NaWi
7/8		Das betriebliche Schülerpraktikum <ul style="list-style-type: none"> Aus der Sicht eines Unternehmens: Was sollten Schüler im Rahmen des Praktikums lernen? Welche Möglichkeiten bietet die Mertes KG 	Deutsch Gesellschaftslehre Wahlpflichtfächer
8		Geschichte der Firma Mertes KG <ul style="list-style-type: none"> Wie hat sich die Firma im Laufe der Zeit entwickelt? Welche Rolle spielt das Unternehmen in der Region? Welche Berufe gabe es früher, welche heute? 	Deutsch Gesellschaftslehre Wahlpflichtfächer
9/10		Projektarbeiten für Schüler <ul style="list-style-type: none"> In den verschiedenen Bereichen (Keller, Labor, Büro, Qualitätssicherung etc.) des Unternehmens 	Gesellschaftslehre Wahlpflichtfächer Chemie, Physik
11		Facharbeit zum Thema Weinbau	Erdkunde

Ähnliche Kooperationsvereinbarungen sind mittlerweile mit weiteren Unternehmen vereinbart und unterzeichnet worden.

Fazit:

Die IGS Salmthal zieht nach drei Jahren eine positive Bilanz. Viele Unternehmen sind hinzugekommen und gestalten das Projekt „Starke Partner – Unternehmen und Schulen kooperieren“ immer wieder aktiv mit.

Da sich die IGS Salmthal noch im Aufbau befindet und momentan nur die Jahrgangsstufen 5 bis 7 umfasst, konnten noch nicht alle Bausteine, die für die Unternehmen hohe Priorität haben, um-

gesetzt werden. Dies soll in den kommenden Jahren geschehen und verspricht, sehr interessant zu werden.

Allen Partnern aus Schule und Wirtschaft kann mit dieser Art des Projektes die Möglichkeit gegeben werden, Kinder und Jugendliche bei deren Kompetenzentwicklung zu begleiten und sie bei der Vorbereitung auf die Berufsausbildung zu unterstützen.

Die IHK ist als Partner ganz entscheidend, denn sie bietet wichtige Hilfestellungen bei der Initiierung von Kooperationen mit Unternehmen in der Region an und stellt interessierten Schulen und Unternehmen einen Leitfaden zur Verfügung.

¹ Alexandra Lossjew: Unternehmen und Schulen rücken näher zusammen. In: IHK Trier Blickpunkt Wirtschaft 07/2011, S.18-19

² Ebenda



► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 18. FEBRUAR 2014

Inklusion: Per Gesetz zum Förderschullehrer?

Langsam scheint auch die Landesregierung zu begreifen, dass Inklusion nicht einfach „von selbst“ gelingt, weil sie ein „Herzensanliegen“ ist. Man braucht dafür zusätzliche Förderschullehrkräfte. Nur sie werden den speziellen Anforderungen inklusiven Unterrichts gerecht. Da solche Spezialisten jedoch nicht zur Verfügung stehen und auch in nächster Zeit nicht in ausreichendem Maße vorhanden sein werden, plant die Landesregierung, Inklusion ganz einfach zur „Kernaufgabe aller Lehrkräfte“ zu erklären.

Eine optimale Förderung behinderter Schülerinnen und Schüler ist eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft. Sie setzt ein hohes Maß an Professionalität und Erfahrung voraus. „Inklusion kann nicht per Gesetz über Nacht zur Aufgabe der Lehrkräfte allgemeinbildender Schulen deklariert werden“, kritisiert VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst. „Die Landesregierung kann doch nicht ernsthaft glauben machen wollen, das Gelingen von Inklusion sei nur eine Frage der Aus- und Fortbildung der Fachlehrer an unseren Regelschulen. Ohne zusätzliche, vollausbildete Förderschullehrkräfte in ausreichender Zahl ist an einen „inkluisiven Unterricht“, der behinderten wie nicht behinderten

Kindern gerecht wird, nicht zu denken.“

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) sieht die Gefahr, dass das vorgesehene Lehrerbildungsgesetz von der Problematik fehlender Förderschullehrkräfte ablenkt und die Lehrerbildung zu Lasten einer qualifizierten Fachausbildung verändert wird. Fachlehrer allgemeinbildender Schulen müssen in ihrer Ausbildung auf Inklusion vorbereitet werden, aber sie können aufgrund der Belegung einiger „Inklusionsmodule“ keinen ausgebildeten Sonderpädagogen ersetzen.

Falls das Bildungsministerium weiterhin kein stimmiges „Inklusionskonzept“ vorlegt, das die personellen, sächlichen und räumlichen Erfordernisse anerkennt, setzt sie den gesellschaftlichen Rückhalt für Inklusion aufs Spiel. Ohne zusätzliche Investitionen ist absehbar, dass die Akzeptanz für Inklusion bei Schülern, Eltern und Lehrkräften immer mehr schwinden wird. Der VDR fordert, dass die Landesregierung ihre Verantwortung für das Gelingen von Inklusion endlich ernstnimmt und diese nicht per Gesetze und Verordnungen auf die Lehrkräfte allgemeinbildender Schulen abwälzt.

► PERSONALNOTIZ

Probleme nicht kleingeredet



Ottmar Schwinn, Ministerialbeamter im MBWWK, wechselte Anfang Mai in die Freistellung der ATZ. Der Landesvorstand des Verbandes Reale Bildung überbrachte die Wünsche „für einen guten Start in die nächste Runde und ausreichende Möglichkeiten, sich vielen Dingen zu widmen, für die bislang zu wenig Zeit verblieb.“

Der Beamte war in der Stabsstelle Schulstrukturentwicklung maßgeblich verantwortlich für deren Umsetzung. Landesvorsitzender Bernd Karst hob hervor, dass es im Entwicklungsprozess der Schulstrukturveränderung oft genug unterschiedliche Auffassungen gegeben habe. Schwinn habe die Realitäten anerkannt und keine Euphorie vorgegaukelt in dem Versuch, offensichtliche Probleme kleinzureden.

Davon hätten beide Seiten und insbesondere die innere Schulentwicklung profitiert.



6. Tagung der IGS-Lehrkräfte 23. Juni 2014 • IGS-Salmtal

- Aktuelle Informationen
- Das neue Betriebliche Eingliederungsmanagement – ein Aspekt der Lehrergesundheit
- Das neue Schulgesetz und die veränderten Elternrechte in der Schule
- Effizientes Arbeiten?! Möglichkeiten und Grenzen von Teamsitzungen
- Präsentation von Praxismodellen mit anschließender Aussprache

Inhalt 54. Ergänzungslieferung

Aktualisiert werden das Inhaltsverzeichnis (1.1), die Adressen „Ministerium“ (1.11), „ADD“ (1.12, 1.12.1, 1.12.2), „Arbeitsverwaltung“ (1.17), die Besoldungstabellen „Grundgehalt und Familienzuschlag“ (5.9.1) und „Anwärtergrundbetrag“ (5.9.4)

Neu aufgenommen bzw. neu bearbeitet werden folgende Beiträge:

4.4 In seinem Beitrag „Die Neuordnung des Schullaufbahnrechts in Rheinland-Pfalz“ erläutert Gerhard Peifer die Ausgestaltung des Schullaufbahnrechts in Rheinland-Pfalz in Folge des Bologna-Prozesses und der mit ihm verbundenen Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Dienstrechtsreform mit Einführung einer Einheitslaufbahn. Der Zugang zu den einzelnen Laufbahnzweigen ist weiterhin grundsätzlich an ein (lehramtsbezogenes) Studium und die Ableistung eines Vorbereitungsdienstes gebunden.

5.15 Ab dem 1. September 2006 erhielten die Bundesländer durch eine Änderung des Grundgesetzes im Rahmen der sogenannten Föderalismusreform das Recht, die Besoldung und Versorgung ihrer eigenen Beamten in alleiniger Verantwortung zu regeln. Als Landesbeamte sind davon auch die verbeamteten rheinland-pfälzischen Lehrkräfte betroffen. Es dauerte bis

zum Jahre 2013, bis sich Rheinland-Pfalz ein landesspezifisches Beamtenversorgungsgesetz gab, das am 1.7.2013 in Kraft trat. In der vor diesem Hintergrund erforderlichen Neufassung des Beitrags „Beamtenversorgung für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz“ beschreibt Rainer Gierlich die wichtigsten Tatbestände, die bei Lehrkräften bei der Pensionsberechnung eine Rolle spielen.

5.40.4 Hartmut Ross setzt die Neubearbeitung des Beitrags „ABC der Werbungskosten“ im Licht der aktuellen steuerrechtlichen Entwicklungen fort. Aktualisiert werden die Buchstaben „D“, „E“, „G“ und „U“. Stichworte sind u. a. Doppelte Haushaltsführung, Ehrenamt, Gesundheit, Umzugskosten und Unfallkosten.

19.1 In der zweiten Teillieferung (Kapitel 8–14) ihres Beitrags „Datenschutz an rheinland-pfälzischen Schulen“ geht Judith Hartig u. a. ein auf Aspekte der Nutzung des Internets durch Schullangehörige, der Facebook-Präsenz von Schulen, der Verwendung von social plugins auf der Schulhomepage und der Datenlöschung.

Wü

Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 29 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.

Die Loseblattsammlung wird nach der Weiterentwicklung des VDR zum VRB - Verband Reale Bildung künftig den Titel „VRB-Handbuch für Lehrkräfte und Lehrer in Rheinland-Pfalz“ tragen.



Wolfgang Wünschel: „Demnächst im neuen Kleid und mit neuem Namen: ‚VRB-Handbuch für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz‘. Mehr dazu im nächsten Heft.“

► INTERVIEW

Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu über die Reisekosten von Lehrkräften bei dislozierten Standorten

Stehen Lehrkräften bei Abordnung überhaupt Fahrtkosten zu?

Ja. Sind Lehrkräfte aber an verschiedenen Schulen eingesetzt, so haben sie einen Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Fahrten zwischen der regelmäßigen Dienststelle und dem anderen Standort. Für Fahrten von zu Hause zur regelmäßigen Dienststelle stehen Lehrern keine Fahrtkosten zu. Dabei ist unter regelmäßiger Dienststelle die Schule zu verstehen, an der man die meisten Stunden unterrichtet.

Was passiert, wenn Lehrkräfte die gleiche Stundenzahl an der regelmäßigen Dienststelle und der anderen Schule unterrichten?

Dann gilt die Schule als regelmäßige Dienststelle, die dem Wohnort der Lehrkraft am nächsten liegt. Fährt die Lehrkraft direkt zur anderen Schule, ohne vorher bei der regelmäßigen Dienststelle vorbeizufahren, ist die ganze Strecke zu ersetzen.

Wie hoch sind die Fahrtkosten, die eine Lehrkraft verlangen kann?

Das ergibt sich aus dem Landesreisekostengesetz und der Verwaltungsvorschrift hierzu. Nach § 6 Abs. 1 LRKG wird eine Entschädigung in Höhe von 25 Cent pro gefahrenen Kilometer für Strecken, die Dienstreisende aus triftigen Gründen mit einem privaten Kraftfahrzeug zurücklegen, gewährt. Liegen keine triftigen Gründe vor, beträgt die Wegstreckenentschädigung bei Benutzung eines privaten Kraftfahrzeugs 15 Cent. Kein triftiger Grund liegt vor, wenn die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln die wirtschaftlichere ist. Reisekosten müssen übrigens vor dem Ablauf von 6 Monaten geltend gemacht werden (§3 Abs. 6 LRKG)

Fährt die Lehrkraft mehr als 3.000 km pro Jahr, so kann Sie mit der ADD vereinbaren, die Entschädigung auf 30 Cent zu erhöhen, bei mehr als 5.000 km pro Jahr gibt es sogar eine Entschädigung in Höhe von 35 Cent. Die muss allerdings vorher bei der ADD beantragt und genehmigt sein.

Was muss der Dienststellenleiter beachten, wenn er Lehrkräfte an dislozierten Schulstandorten einsetzt?

Der Dienststellenleiter muss den Einsatzplan so organisieren, dass keine unzumutbaren Mehrbelastungen für die Lehrkräfte entstehen. Er muss die zeitliche Inanspruchnahme für die Wegstrecken beachten und verkehrsbedingte Verspätungen berücksichtigen. Er muss weiterhin bedenken, dass alle notwendigen Informationen zwischen den Standorten zeitnah ausgetauscht werden und den höheren Zeitaufwand der mit der Abordnung belasteten Lehrkräfte für Konferenzen und Elternsprechstunden berechnen. Außerdem sollte er prüfen, inwieweit der Mehraufwand in irgendeiner Weise ausgeglichen werden kann.

Kann ein Dienststellenleiter erwarten, dass eine Lehrkraft bei wechselndem Unterrichtseinsatz an dislozierten Standorten das Privatauto benutzt?

Grundsätzlich ist das wirtschaftlichste Beförderungsmittel zu nehmen. Liegen also Gründe vor wie Zeitersparnis, Mitnahme von weiteren Lehrkräften, Transport von Arbeitsmitteln, kann erwartet werden, dass das Privatauto genutzt wird. Lässt sich die Strecke problemlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen, sind diese das wirtschaftlichste Beförderungsmittel.

Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



Was passiert, wenn eine Lehrkraft auf dem Weg zum dislozierten Standort einen Unfall verursacht bzw. in einen Unfall verwickelt wird?

Ist eine Lehrkraft bei einer dienstlich veranlassten Fahrt in einen Unfall verwickelt, ist sie zunächst durch ihren Dienstherrn abgesichert. Allerdings kann der Dienstherr bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz den entstandenen Schaden von der Lehrkraft zurückfordern.

Wie sieht es mit der Aufsichtfrage bei Verspätungen aus?

Aufsichtspflichten gelten nur im Bereich des Zumutbaren. Ist es der Lehrkraft aufgrund der Wegstrecke nicht möglich, rechtzeitig zur Pause oder zum Unterrichtsbeginn anwesend zu sein, bedeutet dies keine Aufsichtspflichtverletzung der Lehrkraft.

Muss der Dienststellenleiter die individuellen Belastungen bei der Stundenplanerstellung berücksichtigen, die durch die täglichen Wechsel der Schulstandorte eintreten können?

Die Mehrbelastung könnte hinsichtlich der besonderen unterrichtlichen Belastung Berücksichtigung finden, indem der Schulleiter in der Unterrichtsverteilung die Belastungen mit einbezieht. Einen Rechtsanspruch hierfür gibt es meines Erachtens nicht.



ARBEITSVERTRÄGE

Befristung im öffentlichen Dienst auf Rekordniveau



Foto: www.fotolia.de

Von wegen sicherer Arbeitsplatz: Im öffentlichen Dienst ist die Zahl der befristeten Stellen auf einem Rekordniveau. „In den letzten zehn Jahren haben wir im Arbeitnehmerbereich einen Anstieg um etwa 36 Prozent bei den Befristungen zu verzeichnen“, sagte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ, am 6. März 2014 in Berlin. „In vielen Bereichen kann der öffentliche Dienst schon bei der Bezahlung nicht mit der Privatwirtschaft mithalten. Wenn nun auch mehr und mehr der Faktor Sicherheit wegbröckelt, braucht sich niemand über immer größeren Nachwuchs- und Fachkräftemangel zu wundern.“

„Junge Menschen wollen eine echte Perspektive, bevor sie sich für einen Arbeitgeber entscheiden. Daher fordern wir, die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden im Tarifvertrag festzuschreiben“, bekräftigte Russ mit Blick auf die Verhandlungen zur Einkommensrunde mit Bund und Kommunen, die am 13. März in Potsdam begannen. Von unter 300.000 im Jahr 2002 sei die Zahl der befristeten Stellen im Arbeitnehmerbereich auf über 400.000 im Jahr 2012 gewachsen. „Es ist an der Zeit, ein Zeichen zu setzen und den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren. Das Ende der heutigen Befristungspraxis und ein deutliches Einkommensplus sind dafür der richtige Weg.“

Eic/Quelle: dbb rheinland-pfalz,
www.dbb.de/cache/teaserdetail/artikel/befristung-im-oeffentlichen-dienst-auf-rekordniveau.html

DIDACTA 2014

Strukturveränderungen in den Ländern auf dem Prüfstand



Auf der Stuttgarter Bildungsmesse „Didacta“ stellte der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm (links mit dem stellv. Landesvorsitzenden RLP Wolfgang Wünschel, der stellv. Bundesvorsitzenden Grete Rhenius und Pressesprecher Karlheinz Kaden) die Strukturveränderungen in den Ländern und deren Folgen für Schüler und Lehrkräfte auf den Prüfstand. Unter anderem wurde angeprangert, dass durch die teilweise chaotisch vorangetriebenen Strukturveränderungen und die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft die Anforderungen an die Lehrkräfte immer mehr zunehmen, ohne dass entsprechende Entlastungssysteme aufgebaut werden. Oft fehlen notwendige differenzierte Fördermöglichkeiten für Schüler oder Schülergruppen.

Als Beispiel nannte Böhm auch die Umsetzung der „Inklusion“. Sie sei mancherorts zu blauäugig realisiert worden und entfalte ihre finanzielle Brisanz, ohne dass die politisch Verantwortlichen bei ihrer Einführung dafür den notwendigen Weitblick gehabt hätten. Auch dieses Vorhaben werde mit hohen Arbeitsbelastungen der Kollegien vorangetrieben, für die es weder hinreichend zeitliche noch personelle Reserven gebe.

Rund 90.000 Besucher kamen nach Stuttgart auf die didacta, um sich über die Zukunft des Lehrens und Lernens zu informieren. An fünf Tagen gab es in den Bereichen Kindertagesstätten, Schule/Hochschule, Neue Technologien, Berufliche Bildung/Qualifizierung und Ministerien/Institutionen/Organisationen viel zu entdecken. 905 Aussteller präsentierten Innovationen für die Bildung.

Unter den Besuchern waren auch zahlreiche Verbandsmitglieder aus Rheinland-Pfalz. Für sie waren unter anderem die Stände und Foren von Cornelsen und Klett (auf den Fotos mit den rheinland-pfälzischen Schulberatern Bernhard Köhler und Monika Utzig) innovative Anlaufstellen.

Wü



► STUDIE „JUGEND LEBEN“

Leistungsgedanke angekommen?

Studie untersucht Einstellung der 10- bis 18-jährigen

„Jugendlichen geht Leistung über alles!“ So titelt die Deutsche Presseagentur (dpa) ihren Bericht vom 26.3.2014 über die Vorstellung der Studie „Jugend Leben“ auf der Didacta in Stuttgart. Rund 6.000 Schüler und Schülerinnen der Klassen- bzw. Jahrgangsstufen 4 bis 12/13 aller allgemeinbildenden und beruflichen Schulformen in Nordrhein-Westfalen wurden von Erziehungswissenschaftlern der Universität Gießen befragt. Nach Angaben der Autoren ist die Studie auf das Bundesgebiet übertragbar.

Die Feststellung, die Jugendlichen seien heute „leistungsbereiter denn je“, leiten die Bildungswissenschaftler aus den ermittelten Daten ab: Für 77 Prozent der Befragten zwischen 10 und 18 Jahren sei das Abitur Bildungsziel, der Realschulabschluss habe an Bedeutung verloren. „Ganz gleich, ob es Hauptschüler oder Gymnasiasten sind: Die Schüler geben an, dass sie nur mit dem Abitur etwas in der Zukunft erreichen können“, sagte Sabine Mischke, Erziehungswissenschaftlerin der Universität Gießen. Dagegen strebten in den neunziger Jahren nicht einmal die Hälfte der entsprechenden Altersgruppe das Abitur an.

Sind Leistungswunsch und Leistungsbereitschaft identisch?

Dazu passt, dass Schülern heute gute Noten noch wichtiger sind, als vor zehn Jahren: Auf die Frage „Was gefällt dir besonders am Schulleben?“ gaben im Jahr 2001 noch 45 Prozent an „gute Noten bekommen“. Zehn Jahre später sagten das 66 Prozent. Das Wohlbefinden der Jugendlichen hänge heute womöglich noch stärker als früher von guten Schulnoten ab, vermuten die Wissenschaftler. Sie widersprechen damit auch den immer wieder vorgetragenen Versuchen, die Noten ganz abzuschaffen.

Es ist allerdings eine sehr gewagte These,

dass der Wunsch nach guten Noten und Abitur auf besondere Leistungsbereitschaft schließen lässt. Erfordert etwa eine anspruchsvolle duale Ausbildung keine Leistungsbereitschaft? Mit berufsorientierter Bildung aber haben Erziehungswissenschaftler in ihrer eigenen Vita i. d. R. keine Berührungspunkte gehabt.

Die Bildungsforscher widersprechen sich teilweise selbst. So heißt es im Buch zur Studie „Absolutely smart!“ (W. Bertelsmann-Verlag 2013): „Die Jugendlichen streben nach Erfolg, wollen aber unnötige Belastungen oder Stress vermeiden. Gute Noten sind gefragt – aber ohne große Investitionen in freiwilliges Lernen.“

„Absolutely smart“ als kennzeichnende Eigenschaft?

Die Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität wird durch die Klagen über zunehmenden Stress und Leistungsdruck deutlich. So wird in der Studie ein Mädchen zitiert: „Ich habe sehr Angst, die Schule nicht gut zu bestehen, und Angst davor, immer dieses Gefühl zu haben, dass gleich mein Herz aus der Seele rauspocht.“ Jeder dritte teilnehmende Schüler gibt an, manchmal oder sogar oft unter Beschwerden wie Kopfschmerzen, Nervosität und Ängsten zu leiden.

Hier muss schon die Frage erlaubt sein, ob nicht der eigene Ehrgeiz bzw. der der Eltern dazu führt, dass falsche Wege in der Schullaufbahn eingeschlagen werden. Das spiegelt sich auch wider in der heftigen Diskussion um das „Turbo-Abi“ im G8-Gymnasium. Nachdem Niedersachsen zum G9 zurückkehrt, wird auch in anderen westdeutschen Ländern der Ruf nach mehr Zeit bis zum Abitur lauter. Wo Wahlmöglichkeiten bestehen, setzt ein Run auf G9-Gymnasien ein. Eltern und Schüler fürchten Stress und Leistungsdruck.

Zu viel Stress im G8?

Zu den wenigen Stimmen, die für die Bei-



Welche Schullaufbahn ist die richtige?

Foto: www.fotolia.de

behaltung des G8 plädieren, zählt die Vereinigung der Gymnasialdirektoren Hamburgs. Mit scharfen Worten wenden sich die Schulleiter nach einem Bericht des Hamburger Abendblattes vom 21.3.2014 gegen den Vorschlag, das kürzere, jetzt existierende G8 und das herkömmliche G9 parallel an allen Standorten anzubieten (Y-Modell). Ihre Befürchtung: Der Zulauf zu den Gymnasien würde noch stärker werden als jetzt schon mit einer Anmeldequote von rund 55 Prozent der Fünftklässler. „Verhindern Sie, dass ... die Stadtteilschule¹ auf kaltem Wege zur Restschule abgewertet und das Gymnasium zur Schule für fast alle würde“, so der Appell der Hamburger Schulleiter.

Schon jetzt sehe sich die Schulform Gymnasium „mit einem Zulauf von Schülern konfrontiert, der sie daran zu hindern droht, ihre spezifischen Aufgaben als Schule für besonders leistungsfähige Schüler in erfolgreicher Weise wahrzu-

¹ Die Stadtteilschule ist eine Schulform, die zum 1. August 2010 mit der Schulreform im Stadtstaat Hamburg eingeführt wurde und Hauptschule, Realschule und Gesamtschule ersetzt.

nehmen“, schreiben die Oberstudien- direktoren. Für den längeren Weg zum Abitur sei die Stadtteilschule „die Schule der Wahl“. Die „Verwässerung der Alleinstellungsmerkmale beider Schulformen“ (G8 am Gymnasium, G9 an der Stadtteilschule) sei für Stadtteilschulen „existenzbedrohend“.

Der kürzere Weg zum Abitur, wie er in fast allen vergleichbaren Industrienationen üblich ist, wird von manchen Eltern und Schülern als Bedrohung für ein „app-

solutely smart“ erreichbares Abitur angesehen. Das ist der Grund dafür, dass man G8 so vehement bekämpft.

Dabei ist in den Bundesländern mit G8-Gymnasien in aller Regel auch ein Weg zum Abitur in 9 Jahren möglich, nämlich über die „Reale Bildung“ in Gesamt-, Real- oder Berufsschulen.



Quellen:

„Jugend Leben“ NRW 2012,

Studie der Uni Gießen

„Appolutely smart!“ Buch zur Studie,

W. Bertelsmann-Verlag 2013

„Studie Jugend Leben“,

Spiegel online 10.10.13

„Leiter der Hamburger Gymnasien wollen das Turbo-Abi behalten“

Hamburger Abendblatt 21.03.14

„Zurück zu G9“, dpa 24.03.14

„Leistung über alles“, DIE WELT, 26.03.14

► KOMMENTAR LEHRERGESUNDHEIT

„Lehrer müsste man sein“

Gerade zu Ferienzeiten begegnen uns solche Aussagen immer wieder. Allerdings versichern uns dann unsere Gesprächspartner gleich im Anschluss noch, dass sie den „Lehrer-Job“ niemals machen wollten. Auch immer mehr Kolleginnen und Kollegen wollen oder können es nicht mehr. Wie kommt das?

Einmal abgesehen davon, dass die Klischees vom „faulen Lehrer“ längst überholt sind, arbeiten viele Kolleginnen und Kollegen bis zur Erschöpfung und bringen sich neben ihrem Unterricht, der schließlich nach wie vor Kernaufgabe des Lehrers ist, auch noch in Gesamt- und Fachkonferenzen, runden Tischen, Jugendamtsgesprächen, Lehrer-Eltern-Schüler-Gesprächen, Teamsitzungen mit der Schulsozialarbeit, Absprachen mit der Förderlehrkraft, Steuergruppensitzungen usw. ein. Kein Wunder, dass Lehrkräfte an einem System verzweifeln, das ihnen immer noch mehr abverlangt.

Ressourcen werden beansprucht

Eine Reform jagt die nächste. Bevor es für die aktuelle ein erprobtes Konzept gibt, wird bereits die nächste beschlossen. Das Kollegium darf dann in Gesamtkonferenzen ausgestalten, was in Mainz in groben Zügen beschlossen wurde.

Dass durch Systemveränderungen auch ein entsprechender Fort- und Ausbildungsbedarf entsteht, der Zeit und Ressourcen beansprucht, wird zu oft ignoriert. Aber auch im Bereich der Fortbildungen wird jetzt kräftig gespart und die Kolleginnen und Kollegen werden nur unzureichend auf die kommenden Herausforderungen vorbereitet.



Die Aufgaben, denen Lehrkräfte und Schulleitungen gerecht werden sollen, wachsen über die gebundene und ungebundene Arbeitszeit hinaus und zehren zunehmend die Frei- und Erholungszeiten aus.

So kommt es letztendlich, wie es kommen muss, und Kollegen fallen wegen Überlastung krankheitsbedingt aus und die nicht minder belasteten Kollegen müssen dies auffangen. Vertretungsstunden stehen an, Klassenarbeiten der Kollegen müssen auch noch korrigiert

werden, Differenzierungsstunden werden aufgehoben, Fachkonferenzbeschlüsse müssen von den verbliebenen Kollegen allein bearbeitet werden ...

Ausreichend Zeit ist der Grundsatz

Eine funktionierende, erfolgreiche Schule braucht gesunde Lehrkräfte. Die rheinland-pfälzische Landesregierung sollte deshalb einen Grundsatz beherzigen: Gebt uns Lehrkräften auch die Zeit, um unseren neuen und alten Aufgaben gerecht werden zu können! Es sind die Arbeitsbedingungen, die krank machen. Auch die Ferien, die ja noch nie frei von Unterrichtsvorbereitung und Korrekturen waren, reichen zur Regeneration bei vielen Kollegen nicht mehr aus. „Gesunder Lehrer will man sein – man muss uns aber auch lassen.“



► REFERENDARIAT

„Warum möchten Sie Lehrer werden?“

Diese Frage stellte uns unser Seminarleiter an unserem ersten Tag am Studienseminar. Wir sollten uns zehn Gründe überlegen, warum wir Lehrer oder Lehrerin werden möchten.

In einer anschließenden Pause tauschten wir uns aus. Die Ferien und der Beamtenstatus waren nicht auf den vorderen Plätzen gelandet. Dagegen waren der Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die Begeisterung für die eigenen Fächer und die Möglichkeit, junge Menschen auf ihrem Weg zum Erwachsenwerden positiv zu prägen, ganz weit vorne. Wir waren motiviert und freuten uns auf das, was uns erwarten würde – wenn auch mit einer gesunden Portion Respekt.

Wie wird man allen Anforderungen gerecht?

Diese anfängliche Motivation und Freude wurde allerdings getrübt. Wir sahen uns bald schon mit ganz unterschiedlichen Anforderungen und Ansprüchen der Studienseminarleitung, der Fachleiter, der Schulleitung, der Ausbildungsleitung, unserer Mentoren, der Lehrerkollegen, der Schüler und Eltern konfrontiert. Ich erinnere mich an eine Prüfungssituation, in der ich eine Sequenz aus einem Unterrichtsbesuch reflektierte. Während ich sprach, nickte mir die Seminarvertretung vielversprechend zu und mein Fachleiter schüttelte kaum merklich den Kopf. Was soll da ein Referendar tun? Es war unmöglich, allen immer gerecht zu werden. Hinzu kommen Leistungsdruck und Zukunftsängste, denn jeder weiß, Planstellen sind rar und die Examensnote entscheidet, wer eine bekommt und wer schon mit einem befristeten Vertretungsvertrag zufrieden sein muss.

Abgesehen davon, dass das Referendariat viel Zeit beansprucht, die man mit Lesen von Fachliteratur und Planen bzw. Ausarbeiten von Stunden verbringt, bringt der Unterrichtseinsatz im Vorbereitungsdienst auch mit sich, dass man zum ersten Mal wirklich eigenverantwortlich vor Schülerinnen und Schülern steht. Thorsten Wiese hat Referendare aus ganz Deutschland über ihre Erlebnisse „vom täglichen Wahnsinn zwischen Lehrprobe und Lärmtoleranz, zwischen Überforderung und Unterschichtenfernsehen, zwischen Fruchtlosigkeit und Idealismus“ befragt und das in seinem Buch „Nein, Torben-Jasper, du hast keinen Telefon-Joker.“ veröffentlicht. Auf eine humorvolle Art und Weise wird man so in seine Ausbildungszeit zurückversetzt. Tatsächlich habe ich beim Lesen einige Male geschmunzelt.

Praxischock im kalten Wasser

Doch letztlich habe ich mir bei der Lektüre viele Fragen gestellt: Warum werden Referendare ins kalte

Wasser geworfen? Kann man sie im Studium nicht besser auf das Lehrersein vorbereiten? Aus eigener Erfahrung kann ich berichten, dass die Erziehungsarbeit meist herausfordernder ist, als der eigentliche Unterricht. Darauf wird man im Studium nicht vorbereitet.

Zudem sollte sich jeder Lehramtsstudent anfangs die Frage stellen: „Warum will ich Lehrer werden?“ und diese ehrlich beantworten. Ansonsten kann es schnell zu dem viel genannten „Praxischock Schule“ kommen. Auch darüber haben die befragten Anwärter Thorsten Wiese berichtet. Schade nur, dass diese Erfahrung oft erst als Referendar gemacht wird, also nach einem langjährigen Studium, und damit viel zu spät!



Thorsten Wiese, „Nein, Torben-Jasper, du hast keinen Telefonjoker“, erschienen im riva Verlag, Münchner Verlagsgruppe, 206 Seiten, 9,90 Euro ISBN 978-3-86883-343-0

► STUDIENSEMINAR REALSCHULEN PLUS MAINZ

Arbeitsstand Inklusion

„Der Verankerung sonderpädagogischer Inhalte in allen Phasen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung für alle Schularten kommt dabei im Hinblick auf den Umgang mit heterogenen Lerngruppen und mit individueller Förderung besondere Bedeutung zu“ (Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Konvention).

Durch die zum Januar 2012 veränderte Landesverordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung der Lehrämter (LVO) wurde Inklusion als Querschnittsthema für die Ausbildung in der curricularen Struktur festgeschrieben. Den Studienseminaren wurden außerdem Freiheiten in der Gestaltung von Ausbildungskonzeptionen durch die neue LVO eingeräumt. Durch 16 zusätzliche lehramtsspezifische Ausbildungseinheiten war für uns klar, dass wir hier eine gute Möglichkeit haben, unsere Anwärterinnen und Anwärter auf die Herausforderung als Lehrkraft für das Lehramt an Realschulen plus an Schwerpunktschulen vorzubereiten. Hierzu haben wir Kontakt mit dem Studienseminar für das Lehramt an Förderschulen Kaiserlautern aufgenommen, um gemeinsam ein entsprechendes Ausbildungsmodul zu entwickeln.

Dazu wurden zunächst folgende Aspekte in den Blick genommen:

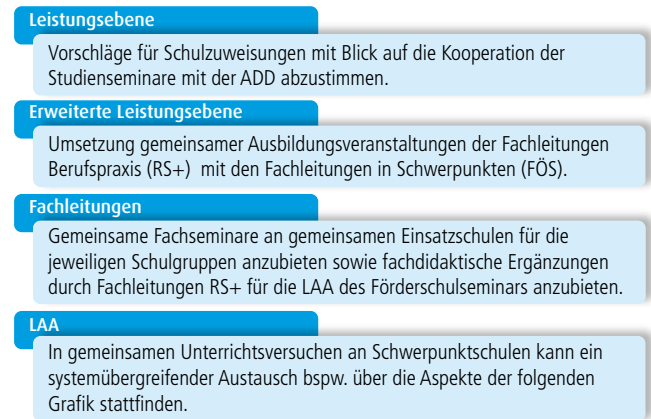


Grundlegende Idee aus unserer Sicht ist es, dass Lehramtsanwärterinnen und –anwärter (LAA) beider Lehrämter sich gegenseitig begleiten, gegenseitig ihre Stärken kennen lernen, gegenseitiges Verständnis aufbauen und durch Einblicke in die unterschiedlichen Systeme Chancen für die Förderung von Kindern nutzen.

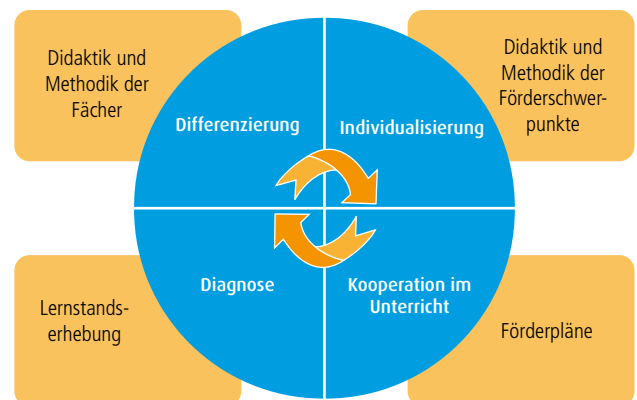
Wer erwartet, dass wir im Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus Mainz Förderschullehrkräfte ausbilden und im Studienseminar für das Lehramt an Förderschulen Lehrkräfte für das Lehramt an Realschulen plus ausgebildet werden, der irrt!

Wir sind bestrebt, unsere LAA zu befähigen, (auch) an Schwerpunktschulen in geeigneter Weise im Unterricht und außerhalb des Unterrichts prozessbegleitend mit den Förderlehrkräften vor Ort zu kooperieren und entsprechend professionell wirken zu können.

Als Unterstützung auf verschiedenen Ebenen stellen sich folgende Aspekte als sinnvoll heraus:



Aus der nachfolgenden vereinfachten grafischen Darstellung zu Fragen des Unterrichts an Schwerpunktschulen ist es m. E. leicht nachzuvollziehen, dass Fachleitungen beider Fachrichtungen in gemeinsamen Beratungen für einen gemeinsamen Unterrichtsbesuch an einer gemeinsamen Einsatzschule sehr schnell an die Grenzen der Kooperation kommen:



Um diese ersten gemeinsamen Bemühungen nicht scheitern zu lassen, bräuchte es meiner Meinung nach auch für die Studienseminare zusätzliche Unterstützungssysteme – hier ist das zuständige Ministerium gefordert!

Der VRB sollte fordern, dass auch unseren Studienseminaren in geeigneter Weise Möglichkeiten gegeben werden, Experten für die zukünftigen Herausforderungen gemeinsamer Arbeit von Lehrkräften und Förderschullehrkräften an Schwerpunktschulen für die zweite Phase der Lehrerausbildung zu gewinnen.





SMART PHONES: Erfolgsmodell WhatsApp



Der Short Message Service, allgemein bekannt als SMS, war bislang für die meisten Handy-Nutzer die erste und einzige Wahl zum Versenden von Kurznachrichten. Doch auch andere Nachrichtendienste gewinnen zunehmend an Bedeutung, allen voran WhatsApp.

Eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie vom Dezember 2013 zeigt, dass nur noch etwa die Hälfte aller Nutzer ihre Mitteilungen über Handy oder Smartphone ausschließlich per SMS versenden. 22 Prozent nutzen dafür gar nur noch WhatsApp, während rund 20 Prozent je nach Bedarf entscheiden, welchen Nachrichtendienst sie benutzen.

Besonders im Generationenvergleich zeigen sich enorme Unterschiede. Bei den 16- bis 19-Jährigen hat WhatsApp knapp die Nase vorn, rund 36 Prozent versenden ihre Kurznachrichten in der Regel per SMS, 37 Prozent über WhatsApp. Im Vergleich mit den anderen Altersgruppen zeigt sich: Je älter die Smartphone- und Handynutzer sind, desto geringer ist die Beliebtheit von WhatsApp. So versenden bei den über 60-Jährigen rund zwei Drittel ihre Kurznachrichten als SMS und nur 8 Prozent nutzen WhatsApp.

Frage: Wie entwickelt sich wohl die Beliebtheit von WhatsApp angesichts der 17-Milliarden-Dollar-Übernahme durch Facebook im Februar 2014?

wü/Quelle: www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/PD_2014_01.pdf

DAS GEHT AUCH SCHULE AN: Sexting – ein aktuelles Phänomen

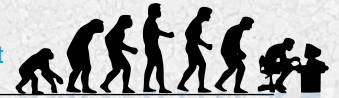


„Sexting“ – das Wort ist eine Kombination aus „Sex“ und „texting“, dem englischen Wort für das Schreiben von SMS. So nennen Jugendliche das Verschicken von Nacktbildern von sich selbst, Sextings, über Handy oder Smartphone. Besonders gefährlich an dem Verschicken solcher Bilder ist das Verbreitungspotenzial der digitalen Medien. Über Adressengruppen bei WhatsApp lassen sich Bilder und Nachrichten mit einem Klick an mehrere hundert Empfänger schicken. Problematischer Weise erkennen die meisten Jugendlichen überhaupt nicht, dass sie sich durch das Weiterverbreiten der Bilder strafbar machen und mit Schuld sind am Leid der Opfer.

Laut einer Umfrage der FH Merseburg haben 19 Prozent der Mädchen und 11 Prozent der Jungen schon einmal erotisches Material von sich selbst produziert und verschickt. Warum vermeintliche Freunde oder Freundinnen dieses weiterschicken, dafür gibt es verschiedene Gründe. In den meisten Fällen geht es um Rache nach z. B. einer Trennung.

Das Weiterleiten von Sextings ist strafbar. Allein in Hessen wurden letztes Jahr 120 Sexting-Fälle zur Anzeige gebracht, doch die Behörden gehen

STUDIENERGEBNIS: Mythos „Digitale Demenz“ widerlegt



Die Folgen und Risiken häufiger Computer- und Internetnutzung werden in letzter Zeit heftig diskutiert. Welche Wirkung haben digitale Medien beispielsweise auf die sozialen Kompetenzen der Nutzer?

Bücher wie „Digitale Demenz“ von Manfred Spitzer lassen die Alarmglocken schrillen, sie warnen vor schädlichen Auswirkungen der digitalen Medien. Mit wissenschaftlichen Erkenntnissen stimmen diese Theorien jedoch wenig überein, lautet das Urteil einer Untersuchung, welche Medienpsychologen an der Universität Koblenz-Landau durchgeführt haben.

Ausgewertet wurden wissenschaftliche Studien zu den Auswirkungen digitaler Medien. Spitzers Theorien werden relativiert. Weder stellt die Nutzung des Internets eine Gefahr für das Sozialleben, noch das gesellschaftlich-politische Engagement dar. Auch im Hinblick auf die Effekte digitaler Medien auf das menschliche Lernen geben die

Forscher Entwarnung. Der größte Wissenszuwachs erfolge, wenn Instruktionen Face-to-face-Anteile und Computer- bzw. Internetanteile enthalten.

Studienleiter Markus Appel befürchtet, dass Eltern und Lehrer durch alarmistische Berichte wie „Digitale Demenz“ fehlinformiert und fehlgeleitet werden. „Wichtig erscheint mir, dass Erziehungspersonen die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen nicht von Vorneherein verteufeln, denn dann wird es schwer, ein kompetenter Gesprächspartner in Sachen Internet zu sein.“ Vielmehr dürfe man nicht den Blick für die Herausforderungen verlieren, die mit einer Verbreitung von Computer und Internet im Alltag verbunden sind.

wü/Quelle: www.news4teacher.de/2014/03/mythos-digitale-demenz-forscher-widerlegen-thesen-von-schaedlichen-auswirkungen-digitaler-medien/

von einer hohen Dunkelziffer aus. Zudem kommen minderjährige Ersttäter in Deutschland meist nur mit einigen Sozialstunden davon, während das Opfer unter Umständen sein ganzes Leben unter deren Verhalten leiden muss.

Ein weiteres Problem stellt die Unwissenheit der Eltern dar, wenn es um die Aktivitäten ihres Kindes im Internet geht. Häufig wird auch noch den Opfern die Schuld gegeben: „Wie konntest du nur so dumm sein?“

Was tun? Moralappelle helfen kaum. Man kann bei den Jugendlichen das Bewusstsein für die Folgen ihres Handelns stärken. Man kann Mut machen, rechtliche Schritte androhen, wenn man unter Druck gesetzt wird. Und man kann eine Haltung entwickeln: Dass sich diejenigen schämen sollten, die Fotos weiterleiten – nicht umgekehrt.

wü/Quelle: <http://m.faz.net/aktuell/gesellschaft/sexting-unter-jugendlichen-ich-will-was-von-dir-sehen-12804044.html>

► IM GESPRÄCH

Leserechtschreibschwäche (LRS): Professionalisierung erforderlich

RBiRP im Gespräch mit Sandra Wickel



Nur durch eine fundierte Testung und Fehleranalyse ist eine gezielte Förderung möglich

Fotos: Andrea Kotsch

Die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben ist durch eine Verwaltungsvorschrift aus dem Jahre 2007 (9321-Tgb. Nr. 2308/07) geregelt. Das frühzeitige Erkennen von Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben wird dort als schulische Verpflichtung definiert, und zwar im Rahmen des schulgesetzlichen Auftrags zur individuellen Förderung (§ 10 Abs. 1 Satz 1 SchulG).

Besagte Verwaltungsvorschrift konkretisiert diesen Auftrag noch: „Für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben werden auf der Grundlage förderdiagnostischer Beobachtungen individuelle Förderpläne als Teil eines schulischen Förderkonzepts entwickelt und im Rahmen des individuell fördernden Unterrichts als besondere Förderung umgesetzt“ (Ziffer 3.1).

LRS in RLP: Kein Konzept. Keine Unterstützung

So einfach lässt sich eine Aufgabe an Schulen delegieren, auf die diese kaum vorbereitet waren. Bis heute fehlt es in Rheinland-Pfalz an unterstützenden Maßnahmen und Fortbildungsangeboten, die sicherstellen, dass sich Kolleginnen und Kollegen förderdiagnostisches Wissen aneignen können, das die

Grundlage zum Erstellen individueller Förderpläne bildet.

Die politisch Handelnden täuschen sich, wenn sie meinen, mit dem Verfassen einer Verwaltungsvorschrift oder der Änderung eines Schulgesetzes ihrer Verantwortung schon Genüge getan zu haben. Viele Schulen und engagierte Kolleginnen und Kollegen machen sich deshalb selbst auf den Weg, weil sie den ihnen anvertrauten Kindern gerecht werden möchten. Doch dabei brauchen sie Unterstützung!

Professionalisierung bislang nur auf Eigeninitiative und eigene Kosten möglich

RBiRP hat mit einer Kollegin gesprochen, die sich in Eigeninitiative und auf eigene Kosten auf diesen Weg gemacht hat, um ihre Schülerinnen und Schüler mit Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten wirksam fördern zu können. Sie hält es für dringend geboten, dass die LRS-Förderung an den Schulen professionalisiert wird und einen anderen Stellenwert erhält.

Sandra Wickel ist ausgebildete Realschullehrerin und unterrichtet die Fächer Deutsch und Bildende Kunst an der Realschule plus Annweiler. Die Mutter von drei Kindern absolviert in Eigeninitiative noch eine Ausbildung zur Dyslexietherapeutin nach BVL (Bundesverband für Legasthenie) in Bayern. Finanziell unterstützt wird sie dabei vom Land Rheinland-Pfalz nicht.

Sandra Wickel: „Generell muss festgehalten werden, dass nur durch eine fundierte Testung und Fehleranalyse eine gezielte Förderung möglich ist. Ohne evaluierte Methoden kann es keine effektive und nachhaltige Lese-Rechtschreib-Förderung geben. Eine rein quantitative Testung ist wenig hilfreich, entscheidend ist nämlich, die Qualität bzw. die Art der Fehler zu analysieren. Dazu bedarf es aber solider Kenntnisse



bei der Fehlersystematik. Erst danach kann man die Schüler in verschiedene Fehler- und Förderschwerpunkte einteilen und entweder ganz grundlegend mit der Förderung der sog. alphabetischen Phase beginnen oder aber an fortlaufenden Phasen des Schriftspracherwerbs ansetzen.

Diese Maßnahmen sollten so früh wie möglich beginnen und nicht in der Orientierungsstufe der weiterführenden Schule. Neben der daraus resultierenden fachlichen Betreuung ist es ebenso wichtig, die Kinder psychisch zu stabilisieren, aufzubauen und zu ermutigen. Die Förderung sollte deshalb grundsätzlich im Rahmen des regulären Unterrichts, also am Vormittag, und in Kleingruppen stattfinden. Selbstverständlich muss das individuelle Förderkonzept von den Eltern angenommen und mitgetragen werden, da sie in diesem Prozess ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Den betroffenen Kindern wird überdies ein Nachteilsausgleich gewährt, dessen Umfang die Klassenkonferenz auf Grundlage der gewonnenen Testergebnisse festlegt und der im Zeugnis vermerkt wird.

Bei Förderung auf bewährte Programme zurückgreifen

Eine Überprüfung der Lerneffekte ist in regelmäßigen Abständen notwendig, um die Qualität der Förderung festzustellen und den Nachteilsausgleich entsprechend anzupassen. Es hat sich dabei bewährt, die Förderung nicht nur auf der Basis eines einzigen Programms durchzuführen, sondern auf verschiedene erprobte Lese-Rechtschreibmethoden zurückzugreifen, die sich in der Praxis bewährt haben und deren Wissenschaftlichkeit nachgewiesen ist. Natürlich hängt der Erfolg, der mit einem solchen Förderprogramm erreicht werden kann, auch von der Mo-

tivation des Kindes und seiner Bereitschaft ab, sich mit seinen individuellen Schwierigkeiten auseinander zu setzen. Empfehlenswert ist es, damit so früh wie möglich, d.h. bereits in der Grundschule, zu beginnen.“



Für ihre Kolleginnen und Kollegen hat Sandra Wickel folgende Wunschliste:

- Fortbildungsveranstaltungen durch namhafte, versierte und erfahrene Dozenten aus dem LRS-Bereich

- Beraterstunden für Unterrichtsentwicklung Deutsch im Bereich LRS
- Regionaler und überregionaler Austausch zwischen den Schulen und Schularten zur Ideenfindung/Ideengestaltung und praktikabler Umsetzung zielgerichteter Fördermaßnahmen und Förderkonzepte in den Schulen (Netzwerke LRS)
- Pflichtveranstaltung LRS für Lehramtsstudierende an den Universitäten zum Thema LRS
- Finanzielle Unterstützung bei Weiterbildungen
- Elterntraining/Elterninfo/Elternarbeit

Allen politisch Verantwortlichen muss bewusst sein, dass hierzulande in Sachen LRS-Förderung großer Nachholbedarf besteht. Bayern und Baden Württemberg haben sich viel früher als Rheinland-Pfalz dieser Problematik gestellt und sind uns einige Schritte voraus.



Bezirk Koblenz

► REALSCHULE PLUS ADENAU MIT FOS

Karl-Heinz Sundheimer verabschiedet



Karl-Heinz Sundheimer und Bernd Karst

Foto: VRB

Zu Karl-Heinz Sundheimer findet man sofort einen direkten persönlichen Zugang. Kein Wunder, dass ihm bereits als Junglehrer führende Positionen im Verband Deutscher Realschullehrer angeboten wurden.

Er war zwanzig Jahre, von 1980 bis 2000, Mitglied des Bezirkspersonalrates, davon 8 Jahre im Amt des BPR-Vorsitzenden. Bereits im Jahr 1976 begann Karl-Heinz Sundheimer seine VDR-Arbeit. Schon 1977, im Alter von 26 Jahren, übernahm er die Aufgabe des VDR-Bezirksvorsitzenden im Bezirk Koblenz. In dieser Zeit lernten wir uns kennen. Unsere Zusammenarbeit im Realschullehrerverband war immer auch durch freundschaftliche Verbundenheit geprägt.

Wir schätzen an Karl-Heinz Sundheimer seinen sachlichen Umgangsstil, seine Aufrichtigkeit und Verlässlichkeit, seinen politischen Weitblick und sein Verhandlungsgeschick sowohl in Gremien als auch mit Institutionen.

Als wir im Jahr 2011 nach Einrichtung der Fachoberschulen einen VDR-Referenten

suchten, der die Interessen dieser Schulform an der Realschule plus vertritt, baten wir Karl-Heinz Sundheimer, diese Aufgabe zu übernehmen. Auch die Schulleiter der Fachoberschulen wählten ihn einstimmig zu ihrem Sprecher. Gegenüber der ADD und dem Bildungsministerium nahm er auch diese Aufgabe mit Diplomatie und Sachverstand wahr.

Karl-Heinz Sundheimer hat die Entwicklungen der Realschule und der Realschule plus mit großem persönlichen Einsatz mitgetragen und mitgeprägt. Lieber Karl-Heinz, ich danke Dir im Namen des VDR-Landesverband sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit im VDR. Danken darf ich Dir auch im Namen des VDR-Bezirksvorsitzenden Timo Lichtenthäler für Dein Engagement im Bezirksverband Koblenz.

Bernd Karst

► ROBERT-KOCH-SCHULE UND FOS LINZ

Joachim Born verabschiedet



Am 31. Januar 2014 wurde der langjährige Schulleiter Joachim Born in einer bewegenden Feier durch das Kollegium, zahlreiche Schülerinnen und Schüler, viele Weggefährten und Gäste verabschiedet.

Über drei Jahrzehnte hat er die Realschule – und seit 2009 nach der Schulstrukturreform die Realschule plus – in den unterschiedlichsten Positionen geprägt und ausgestaltet.

In seinem Grußwort stellte der VDR-Bezirksvorsitzende Timo Lichtenthäler die langjährige Verbandszugehörigkeit Borns und sein Engagement heraus. Bereits 1983 wurde er Mitglied im Realschullehrerverband und war unter anderem Mitautor für das „Handbuch für Realschullehrer“. Bei den VDR-Veranstaltungen auf Bezirks- und Landesebene ist er ein gern gesehener und geschätzter Kollege.

Für sein Engagement im und für den Verband und die Schulart Realschule/Realschule plus spricht ihm der VDR seine Anerkennung und Wertschätzung aus und wünscht ihm und seiner Familie für die nun bevorstehende Zeit alles Gute.

Timo Lichtenthäler

Bezirk Trier

VRB-Personalrätefortbildung in Mertesdorf

An der Schulungsveranstaltung des Bezirks Trier in Mertesdorf nahmen über 30 Personalräte aus 18 Schulen teil. Die Gesamtleitung der Veranstaltung lag in den bewährten Händen von Erwin Schneider. Als Gastreferenten waren der Leitende Regierungsschuldirektor Sigurd Hein von der ADD Trier und Professor Dr. Rose, wissenschaftlicher Leiter des Institutes für Lehrergesundheit in Mainz, eingeladen. Ihre Vorträge bildeten die Schwerpunkte dieser Fortbildung.



Zu Beginn referierte Wolfgang Seebach über die einzuhaltenden Vorschriften beim Postlauf und über die Haushaltsmittel für Schulfahrten. Katharina Becker und Christoph Krier klärten über die Auslegung des Wächteramts des örtlichen Personalrats auf und zeigten anhand von Fallbeispielen, wie zum Wohle der an der Dienststelle beschäftigten Mitglieder eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Schulleitung gestaltet werden kann. Über Änderungen in der Urlaubsverordnung informierte Peter Quint.

Als erster Gastreferent war der Leitende Regierungsschuldirektor Sigurd Hein (ADD – Trier) eingeladen. Sein Vortrag zu den vorläufigen Gliederungsplänen war informativ und lehrreich. An konkreten Beispielen erläuterte er die Wichtigkeit einer ordentlichen Bedarfsplanung und die frühzeitige Beteiligung der Personalräte an den Schulen. Weiterhin gab Sigurd Hein einen Ausblick auf die Einstellungssituation und die Gestaltung befristeter Verträge auf Grundlage des TV-L.

Nach der Mittagspause referierte Prof. Dr. Rose vom Institut für Lehrergesundheit (Mainz) über den Aufbau und die Arbeit seiner Einrichtung. Er informierte über regelmäßige Sprechstunden in den Gesundheitsämtern Wittlich, Koblenz und Neustadt und über sogenannte „mobile Einheiten“, welche für den Besuch

von Schulen genutzt werden. Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit ist die Hilfestellung für Lehrer bei der Bewältigung des Schulalltags.

Viele Fragen der Teilnehmer zeigten, dass das Thema „Lehrergesundheit“ immer häufiger an den Schulen in den Fokus rückt.



Lehrergesundheit: Hilfreiche Informationen findet man auf der Homepage der Johannes Gutenberg-Universität Mainz www.unimedizin-mainz.de

Bezirk Trier

► SCHÜLERWETTBEWERB

Reale Bildung vor Ort

Schülerinnen und Schüler der Realschule plus Kell am See - Zerf erringen einen Zweiten Preis beim Schülerwettbewerb zur politischen Bildung

Grund- und
Realschule plus
Kell am See - Zerf



Die Jury der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) war begeistert: Die Schülerinnen und Schüler der Klasse 9d der Grund- und Realschule plus Kell am See - Zerf haben sich mit ihrem Beitrag zum Schülerwettbewerb nicht nur viel Arbeit gemacht. Ihr Beitrag zum Thema Politik brandaktuell „Zukunft der Realschule plus in Kell am See - Zerf“ hat sie offensichtlich intensiv beschäftigt und zu kreativen Höchstleistungen angespornt. Die Anstrengung brachte einen der vordersten Plätze und 1.000 Euro für die Klassenkasse.

die sehr gute Arbeit der Schule, die sich durch attraktive inhaltliche Angebote auch mittelfristig noch weiter positionieren und ihr Profil stärken könne. Der Landrat war Anfang des Jahres selbst in der Klasse zu Gast und hatte mit den Jugendlichen über die Zukunft der Bildungseinrichtung diskutiert.

Die Konkurrenz, gegen die sich die Schüler und Schülerinnen mit ihrem Beitrag durchsetzen konnten, war riesig. Fast 50.000 Jugendliche der 4. bis 11. Jahrgangsstufen aus Deutschland und Österreich haben beim Schülerwettbewerb zur politischen Bildung 2013 mitgemacht. 2.216 im Team erarbeitete Projektergebnisse waren zu bewerten. Die Jury setzte sich aus Fachlehrkräften sowie Mitarbeitern einiger Kultusministerien zusammen.



Die Gewinner-Klasse 9d belegte den zweiten Platz

Fotos: Peter Quint

Reale Bildung – reale Themen

Neben der freien Aufgabenstellung hatten die Kinder und Jugendlichen viele weitere Aufgabenstellungen zur Auswahl: „Geklaut, erwischt – und jetzt?“, „Brasilien ist mehr als Fußball!“, „Leben ohne Computer und Handy?!“, „Tag der deutschen Einheit“, „Super-Sonderangebot – Verkaufstricks entlarven“, „Europa und wir“, „Mein Bild gehört mir!“ und „Achtung, rechte Szene!“.

„Nachdem immer wieder in der regionalen Presse über eine Schulschließung diskutiert wurde, haben wir uns natürlich mit dieser Thematik auch im Unterricht befasst“, erklärt Klassenlehrer Peter Quint. „Was wir dabei über die verschiedenen Aspekte in dieser Thematik gelernt haben, hat alle motiviert. Das ist Reale Bildung vor Ort.“

Der angesehene Schülerwettbewerb, der unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck steht, möchte wichtige Themen in die Schulen hineinragen, methodische Anstöße geben und so die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer unterstützen.

Die selbst geschriebenen Texte, Interviews und die erhobenen Daten hat die Klasse zu einer Dokumentation zusammengestellt und eingeschickt.

Realschule plus leistet wertvolle Arbeit

Auch Landrat Günther Schartz gratulierte den Schülern im Namen des Kreises als Schulträger zu dem erfolgreichen Abschneiden bei dem Wettbewerb. Er freue sich, dass die Klasse sich mit der Zukunft der Realschule plus befasse – dies sei wichtig für die Identifikation mit der Schule. Die Teilnahme an dem Wettbewerb sei außerdem ein weiteres Beispiel für



Bezirk Neustadt

Otto Dix und Max Beckmann: Mythos Welt Großer Zuspruch bei Mitgliederrundgang

Im neu renovierten Jugendstiltrakt der Kunsthalle Mannheim konnte Veranstaltungsreferentin Gudrun Deck annähernd 30 Verbandsmitglieder begrüßen: Die Ausstellung könne gerade im Jahr 2014 Anlass sein, über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse vor hundert Jahren zu reflektieren. Eine Kunstpädagogin führte durch die Ausstellung.

Die Gegenüberstellung der Kunstwerke von Max Beckmann (1884–1950) und Otto Dix (1891–1969) werde hier zum ersten Mal gezeigt und veranschauliche die künstlerische Entwicklung und Bandbreite dieser beiden Maler, so die Kunstexperte.

Der Erste Weltkrieg war für beide Künstler ein Initialerlebnis, das ihr Leben und Werk veränderte. Beide setzten sich mit der erlebten erschütternden Wirklichkeit auseinander, Dix indem er sich in seinen Bildern auf die Schattenseiten der zeitgenössischen Gesellschaft konzentrierte und Beckmann indem er sich auf die Suche nach dem Unsichtbaren hinter dem Sichtbaren machte. Trotz unterschiedlicher Wege zielten beide auf denselben Mo-



ment: Wenn das Gewohnte plötzlich fremd und die Welt zum Mythos wird.

In einem nahegelegenen Café, das mit seinem Interieur an die Zeit der beiden Künstler erinnert, klang die Veranstaltung aus.

Gudrun Deck

Teachers' Night in der Kunsthalle Mannheim ARCHE. Malerei der Moderne.



Der Titel ist kein Zufall. Während der dreijährigen Brückenzeit bis zur Eröffnung des Neubaus der Kunsthalle am Friedrichsplatz muss die Kunstsammlung der Stadt Mannheim ausgelagert werden. Gleichzeitig kehren über 240 Spitzenwerke in die sanierten Tageslichträume des Jugendstilbaus zurück. In dieser ARCHE verbleiben sie sicher

bis zur Vollendung des Museumsquartiers der Kunsthalle im Jahr 2017. Bemerkenswert sind die konzentrierte Themenhängung (z. B. „Mensch und Geschichte“, „Menschebilder“ oder „Jenseits von Figur und Gegenstand“) und die Impressionisten mit zahlreichen Slevogt-Bildern. Dr. Dorothee Höfert stellte Ende April im Rahmen einer

Teachers' Night mit ihrem Mitarbeiterstab didaktische und methodische Möglichkeiten für Museums-exkursionen vor. VRB-Organisationsreferentin Gudrun Deck plant eine Veranstaltung für den VRB Rheinland-Pfalz im Herbst. Die Einladungen dazu erfolgen über die VRB-Delegierten.

Wü

Pensionäre im Speyerer Feuerbachhaus

Gudrun Deck hatte die Pensionäre nach Speyer ins Feuerbachhaus zum Gespräch mit dem Bezirksvorsitzenden Michael Eich und dem neuen Pensionärsreferenten Klaus Hirsch eingeladen. Das historische Gebäude war ein interessanter Rahmen für die gut besuchte Informationsveranstaltung.

Bezirksvorsitzender Eich gab einen Überblick über aktuelle verbandspolitische Schwerpunkte. Insbesondere das Thema

Inklusion nahm bei der anschließenden Diskussion breiten Raum ein. Die erfahrenen langjährigen Kolleginnen und Kollegen warnten vor der Vernachlässigung der Kinder mit besonderem schulischen und erzieherischem Betreuungsbedarf einerseits und der anspruchsvollen schulischen Ausbildung andererseits, wie sie in den ehemaligen Realschulen gelang.

Der Wechsel vom VDR zum Verband Reale Bildung war nach Meinung der Anwe-

senden ein für die Zukunft des Verbandes notwendiger Schritt, auch wenn der eine oder andere noch mit dem neuen Namen „fremdelte“.

Der Gang durch das historische Gebäude mit geführter Besichtigung der Zimmer und Bilder durch ein Mitglied des Feuerbachvereins, beschloss diesen Begegnungsnachmittag.

Gudrun Deck



Foto: www.fotolia.de

Bezirk Trier

87. Geburtstag

Günther Faber 3. April

81. Geburtstag

Elisabeth Hempelmann 28. Juli

80. Geburtstag

Marlene Schamel 7. August

77. Geburtstag

Karl-Heinz Dahlke 1. Juli

76. Geburtstag

Hans Karl Wimmer 23. Juli

75. Geburtstag

Hartmut Guckert 10. April

Josef Braun 12. April

Dieter Westhäusler 16. April

Rüdiger Lancell 2. Juli

73. Geburtstag

Rainer Graupner 19. Juni

72. Geburtstag

Michael Horbach 6. Juni

71. Geburtstag

Birgitt Maczuck 13. April

Haben wir jemanden vergessen?

Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.

Bezirk Neustadt

90. Geburtstag

Martha Hollinger 22. April
Helmut Schnell 9. Mai

87. Geburtstag

Joachim Diery 14. April

86. Geburtstag

Gerhard Scheinert 13. Juli
Karl-Heinz Kühfuß 8. August

83. Geburtstag

Erwin Forster 12. Juni

82. Geburtstag

Richard Scherer 5. April
Helmut Schwahn 28. Juli

81. Geburtstag

Helmar Stoppelkamm 18. Mai

79. Geburtstag

Karl Gerd Scheidt 19. April
Günther Ableiter 8. Mai
Bernhard Geppert 12. Juni
Karl-Heinz Walz 19. Juli

78. Geburtstag

Ignaz Hampel 1. Mai
Alfons Denig 2. Juli
Lothar Wipfler 3. Juli

77. Geburtstag

Alfred Lützel 2. Juni
Manfred Schäfer 12. Juli
Wolfgang Held 28. August

76. Geburtstag

Gerhard Kaufmann 17. Mai
Reinhard Hoffmann 30. August

75. Geburtstag

Mechthild Töpfer 1. April
Brigitte Minarech 10. April
Walter Döring 16. Mai
Siegrun Wipfler-Pohl 19. Juni
Dr. Peter Bung 11. Juli
Eberhard Schneider 15. Juli
Ursula Frank 30. Juli
Waltraud Lotz 24. August

74. Geburtstag

Ingrid König 15. Juni
Ingrid Schappert 29. Juli

73. Geburtstag

Horst Jurczyk 12. April
Klaus Müller 30. Mai
Gerlinde Krauß 11. Juni
Alois Bardens 14. August
Hermann Kölsch 30. August

72. Geburtstag

Hilmar Geiss 15. Mai
Helga Bröhmer 6. Juni
Dieter Hoffmann 29. August

71. Geburtstag

Jürgen Schmidt 1. April
Bärbel Müller 6. April
Ursula Niehuis 17. Mai
Hilmar-Bruno Ginap 9. Juni
Hans-Jürgen Willenbacher 30. Juni
Ilona Böhm 4. Juli
Hartmut Hoenes 3. August
Rotraut Schmedt 21. August
Ulrike Schwentker 26. August

Bezirk Koblenz

88. Geburtstag

Helmut Rohrbach 26. Mai

84. Geburtstag

Alfons Gerharz 22. August

81. Geburtstag

Herbert Simons 13. April

80. Geburtstag

Herbert Flögel 28. April
Werner Freisberg 19. August

78. Geburtstag

Wolfgang Schaefer 24. April
Volker Christ 23. Juni
Rolf Schatto 9. Juli
Johannes Wickler 24. August

77. Geburtstag

Hannelore Mannheim 16. April
Rudolf Lamerz 28. April
Hubert Heinrichs 13. Mai

76. Geburtstag

Günter Jung 26. Mai
Lothar Bellinger 26. Mai

Walter Heinz 22. Juli
Wilfried Baus 4. August

75. Geburtstag

Christa Henrichs 30. April
Paul Groß 29. Juni

74. Geburtstag

Horst Neumeyer 2. April
Helmut Schlabach 12. Mai

73. Geburtstag

Brigitte Burth 1. April
Dr. Horst Gerber 16. April
Marlene Breil 22. April
Jürgen Hatzmann 5. Juli

72. Geburtstag

Gerda Job 27. April
Christa Machurig 11. Mai
Helmut Lenarz 10. August

71. Geburtstag

Rüdiger Kosinski 2. April
Wolfgang Weidenbach 3. Mai

Namensänderung? Alles schon mal da gewesen!



Aus VDR wird VRB

Foto: www.fotolia.de

Wer in der „REALSCHUL-CHRONIK“¹ blättert, taucht tief ein in die Geschichte des rheinland-pfälzischen Realschulwesens und des Verbandes. So verlief die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg in den damals fünf Regierungsbezirken durchaus unterschiedlich:

In den Regierungsbezirken Koblenz, Montabaur und Trier hatte die sechsklassige Mittelschule nach preußischer Form eine lange Tradition. Hier wurden bestehende Schulen fortgeführt bzw. ab 1950 neu errichtet. Zu Schuljahresbeginn 1950 gab es in ganz Rheinland-Pfalz nur elf Mittelschulen, an denen 85 hauptberufliche Lehrkräfte 2.500 Schülerinnen und Schüler unterrichteten.

Im Nachbarland Nordrhein-Westfalen erhielten 1951 alle Mittelschulen den Namen Realschule. Auf Drängen des am 25. Mai 1950 gegründeten Landesverbandes der Mittelschullehrer Rheinland-Pfalz hat sich das Kultusministerium unseres Landes ebenfalls für den Namen Realschule entschieden und auch die Lehrpläne und Richtlinien von NRW übernommen. Während es allerdings für Volksschulen, Gymnasien und berufsbildende Schulen schulgesetzliche Regelungen gab, entbehrten die Realschulen jeder gesetzlichen Grundlage. Bemerkenswert ist, dass es der Verband Deutscher Real- und Mittelschullehrer war, der diese Lücke 1959 unter der Federführung von Max Wittmann formulierten Gesetzesentwurf zu füllen versuchte. Nach der Ausarbeitung im Ministerium wurde der Entwurf heftig diskutiert. Es dauerte über drei Jahre bis das Realschulgesetz nach Zustimmung aller drei Fraktionen (CDU, SPD, FDP) am 1. April 1963 in Kraft trat.

Dann war es nur logisch, dass unser Verband unter Werner Schappert 1966 seinen Namen in Verband Deutscher Realschullehrer – Landesverband Rheinland-Pfalz – umänderte.

Wie die Geschichte unseres Verbandes zeigt, sind Anpassungen an die Entwicklungen der Zeit unumgänglich. Unseren Zielen, nämlich die Vertretung der Interessen der Lehrkräfte und die Vermittlung der Realen Bildung, sind wir jedoch immer treu geblieben.

Im Regierungsbezirk Pfalz bestanden nach bayerischer Tradition nur dreiklassige Mittelschulen für Mädchen, die auf die Klasse 7 der Volksschule aufbauten und in der Regel in kirchlicher Trägerschaft waren. Ab 1958 wurden hier die ersten Realschulen gegründet.

Im Regierungsbezirk Rheinhessen wurde Reale Bildung nach hessischer Tradition in den sogenannten E-Klassen (= Volksschulen mit erweiterten Lernzielen) vermittelt. Erst 1961 eröffnete hier die erste Realschule.



Wolfgang Häring
haering.wolfgang@vrb-rlp.de

Günter Jung², der die stürmische Entwicklung des Realschulwesens in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts miterlebt hat und viele der handelnden Personen selbst kannte, hat Erinnerungen zu Papier gebracht und sie RBiRP zur Verfügung gestellt:

Erinnerungen eines Zeitzeugen



Der von Erwin Steilen verfasste Nachruf auf den Kollegen Karl Bernsdorff in der Ausgabe 4/2012 hat mich sehr bewegt. Und einige vergessen geglaubte Erinnerungen an frühere Zeiten wachgerufen. Ich selbst hatte noch das Glück im Zuge meiner ersten Ausbildungsphase an der Anne-Frank-Realschule in Mainz Karl Bernsdorff persönlich kennen zu lernen. Auch der damalige Schulleiter Jakob Hattemer wird mir unvergessen bleiben. Genau wie der pädagogische Ausbildungsleiter Erich Möller und der Kollege Gerhard Weuthen waren dies alle engagierte Pädagogen und Wegbereiter der damals im Aufbau befindlichen Realschule und gleichzeitig unseres Verbandes. Dazu gehörte auch Werner Schappert, der schon Ende der fünfziger Jahre an seiner Volksschule in Worms die ersten E-Klassen (Klassen mit erweitertem Lernziel) eingerichtet hatte. Damit legte er den Grundstock für die spätere Etablierung der Realschule als eigenständige Schulart.

Mit meiner ersten Stelle an der damals noch „Mittelschule“ genannten Realschule in Betzdorf verbinde ich die Namen Metzroth und Johann, beide Referenten in Koblenz, bei denen ich auch mein zweites Staatsexamen ablegte. In meinem Vorbereitungsdienst an der einzigen Realschule in Koblenz war ich von Herrn Müller betreut worden. Der Leiter dieser

Schule, Karl Schinner, gründete im Bezirk Koblenz den Realschullehrerverband als „VDR“, bevor die Bezirke Rheinhessen-Pfalz, Trier und Montabaur (zuerst noch ein eigenständiger Bezirk) folgten. Trotz seines langen Wirkens in Rheinland-Pfalz blieb Karl Schinner seiner Heimat treu und zog nach seiner Pensionierung wieder nach Bayern.

An andere Schulleiter wie Herr Dr. Biebricher (Betzdorf), Theodor Bonn (Koblenz), Dr. Fritz Althoff (Diez), Franz Breuer und Helmut Horstmann (beide Diez) erinnere ich mich noch gut und mit großer Hochachtung.

Persönlich kennenlernen konnte ich noch den immer verständnisvollen Kurt Schroth (Kandel), den nach außen etwas unnahbar wirkenden aber ganz herzlichen Reinhold Wacker und den humorvollen und immer zu Späßen aufgelegten Max Wittmann (Wald Fischbach-Burgalben).

Alle Genannten gehören zu meinen Erinnerungen an die Frühzeit der Realschule, meine ersten Lehrerjahre und seit 1965 meine Mitgliedschaft im VDR. Sie zählen für mich zur „Alten Garde“ dieser frühen Jahre und dazu zählt auch Paul Bernsdorff, dessen Ableben mir all dies wieder in Erinnerung rief.

Das Gedächtnis eines Menschen ist immer selektiv – ich erhebe also keinen Anspruch auf Vollständigkeit, zu der mein nicht mehr ganz junger Kopf auch nicht in der Lage ist. Die obigen Erinnerungen aber sind mir wichtig und ich möchte sie nicht missen.

Günter Jung

¹ MAX WITTMANN, *Geschichte der Realschule und des Realschullehrerverbandes in Rheinland-Pfalz, REALSCHUL-CHRONIK*, herausgegeben vom Verband Deutscher Realschullehrer – Landesverband Rheinland-Pfalz, Mainz 1982 (vergriffen)

² GÜNTER JUNG war über 30 Jahre Direktorstellvertreter an der Realschule Idar-Oberstein, zeitweise Stellvertretender VDR-Bezirksvorsitzender und nach seiner Ruhestandsversetzung Pensionärsbetreuer im Bezirk Koblenz.


 KlarText!

Rheinland-Pfalz kommt seinen aktuellen Verpflichtungen nicht nach!

Die aktuellen Einsparungen bei Lehrerfort- und -weiterbildungen sind nicht gerechtfertigt!

Die wissenschaftlichen Ergebnisse belegen eindeutig, dass die Lehrerpersönlichkeit entscheidenden Einfluss auf die Lernleistungen unserer Schülerinnen und Schüler ausübt. Wer also die Unterrichtsqualität sichern bzw. steigern will, der muss in Lehrerbildung investieren!

Die Lehrerbildung vollzieht sich in drei unterschiedlichen Zeiträumen. Für die erste Phase sind die Universitäten und für die zweite Phase die Studienseminare verantwortlich. Für die dritte Phase der Lehrerbildung liegt die Verantwortlichkeit in erster Linie bei den Ländern. Die dritte Phase nimmt den größten Zeitraum ein. Sie ist auf Kontinuität angelegt und sichert die beruflichen Qualitätsstandards.

- Die Kultusministerkonferenz hat in ihrem Beschluss vom 16.12.2004 Vereinbarungen zu den Standards für die drei Phasen der Lehrerbildung getroffen.
- In einer gemeinsamen Erklärung des Präsidenten der Kultusministerkonferenz und der Vorsitzenden der Lehrerverbände zum Berufsbild der Lehrerinnen und Lehrer heben beide Partner im Oktober 2010 hervor, dass die Lehrkräfte ihre Kompetenzen ständig weiter entwickeln und dabei wie in anderen Berufen auf Fort- und Weiterbildungsangebote zurückgreifen müssen.
- Die BertelsmannStiftung beschäftigt sich in der Studie Podium Schule 2013/14 konkret mit den Herausforderungen der Lehrerbildung. Im ersten Beitrag stellen Christian Ebel und Angela Müncher klar: „Das Thema Lehrerfortbildung ist aktuell. Eigentlich so aktuell wie nie. Denn Lehrkräfte in Deutschland sehen sich mit stetig wachsenden Anforderungen konfrontiert.“

Schauen wir auf die gegenwärtige Ausgestaltung der dritten Phase in unserem Land. Das Bildungsministerium hat mit dem Pädagogischen Landesinstitut eine neue Einrichtung für die Lehrerfort- und Weiterbildung geschaffen, die aus drei Instituten hervorge-

gangen ist, um Synergieeffekte nutzen, die Fort- und Weiterbildung effizienter auf den Bedarf ausrichten und schließlich auch Einsparungen an Verwaltungs- und Personalkosten in diesem Bereich vornehmen zu können.

Die Versprechungen, die mit der Neugründung des Pädagogischen Landesinstituts gemacht wurden, sind noch nicht eingelöst worden. Das Fort- und Weiterbildungsangebot kann die o. a. Standards der KMK nur unzureichend erfüllen. An eindeutigen Mahnungen hat es schon bislang nicht gefehlt. In diesem Haushaltsjahr scheint das Bildungsministerium noch einen Schritt weiter gehen und noch mehr Einsparungen vornehmen zu wollen: Die Neuordnung des Reisekostengesetzes bindet stärker als bisher Finanzmittel. Das soll innerhalb des vorgegebenen Finanzrahmens für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen durch Angebotseinschränkungen aufgefangen werden.

KlarText: Es darf nicht sein, dass sich die Regierungsparteien aus der Verantwortung für die Lehrerbildung schleichen. Der Verband Reale Bildung fordert die Verantwortlichen im Bildungsministerium und die Landtagsabgeordneten zu einer Kehrtwende auf: Geben Sie dem Thema „Lehrerfort- und -weiterbildung“ den Vorrang, der sich aus den unterschiedlichen bildungspolitischen Zielsetzungen der Landesregierung und den neuen schulischen Herausforderungen ergibt! Umwälzungen wie die Schulstrukturreform oder die Umsetzung der Inklusion sind keine Selbstläufer! Die Lehrkräfte fühlen sich mit den vielen neuen Herausforderungen im Stich gelassen. Mit Einsparungen in der Fort- und Weiterbildung wird das Potenzial für die schulische Qualitätsentwicklung vergeudet. Das darf so nicht kommen!


 Hilfried Rauch

Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Schatzmeister Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12/9 65 73 31
E-Mail: schatzmeister@vrb-rlp.de

.....

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

.....

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

.....

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meiner Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert werden.

.....

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

.....

(sofern bekannt) IBAN BIC

.....

Ort Datum Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		15,50
A 15		14,50
A 14		13,-
A 13		12,-
A 12	oder darunter	11,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,-
TV-L	Vollbeschäftigung	10,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,-
Pensionäre		6,-
Lehramtsanwärter		3,-



Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



Reale Bildung verbindet!



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Mitmachen lohnt sich!



Erziehungsoffensive



Schulen brauchen professionelle Unterstützung! Schulsozialarbeit ausbauen!

Inklusion



Individuelle Wege zulassen! Förderschulen nicht abschaffen!

Berufsperspektive



Für Planstellen! Gegen befristete Beschäftigungsverträge!

Besoldung



Wir akzeptieren keine Besoldungspardiktate!

Lehrergesundheit



Es sind die Arbeitsbedingungen, die krank machen!



Der VRB ist am 20. März 2014 aus dem VDR hervorgegangen.

„like us“ auf facebook.com: VRB RLP

www.vrb-rlp.de